

Ulrich Herbert

BEST

Biographische Studien
über Radikalismus, Weltanschauung
und Vernunft,
1903 – 1989



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-5036-2

5. Auflage 2011

© Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Umschlag: Jens Vogelsang, Aachen

Die für den Umschlag verwendeten Bilder zeigen Dr. Werner Best
im Jahre 1943 und im Jahre 1987,

© Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl, München
und Siegfried Matlock, Apenrade/Dänemark
Satz: Jens Marquardt, Bonn

Druck und Verarbeitung: fgb - freiburger graphische betriebe
GmbH & Co. KG, Freiburg/Br.

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2011

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
------------------	----

Erster Teil

Prolog: Rheinhessen nach dem Krieg	29
--	----

Kriegsende in Mainz – 29; Unter französischer Besatzung – 31; Separatistenputsch und »Abwehrkampf« – 34; Thyssen-Tag in Mainz – 37; Die Erfahrungen der »Franzosenzeit« – 40

I. NACHKRIEGSJUGEND	42
---------------------------	----

1. Generation der Sachlichkeit	42
--------------------------------------	----

Politische Generationen – 42; Generationeller Stil – 44; »Behütete Kindheit« – 45; Jugend in der Nachkriegszeit – 48.

2. Völkische Studenten.....	51
-----------------------------	----

Der Deutsche Hochschulring – 52; Juni-Club und Ringbewegung – 54; Volk und völkisch – 57; Studentischer Verfassungsstreit – 64; Sieg der Radikalen – 66.

3. Aktivist im »Abwehrkampf«	69
------------------------------------	----

Rheinlandarbeit des Hochschulrings – 69; Übergang zum bewaffneten Kampf? – 74; Innerer und äußerer Feind – 77; Hochschulring und Hitler-Putsch – 79; Ende der »schnellen Lösung« – 82

II. POLITIK GEGEN DIE REPUBLIK	88
--------------------------------------	----

1. Heroischer Realismus	88
-------------------------------	----

Zeit der Bünde – 88; Völkische Theorie und elitäres Kämpfertum – 92; Der Krieg und das Recht – 95.

2. Massenbewegung und Elite	100
-----------------------------------	-----

Niedergang der Bünde – 100; Die »Geistigen« und die NSDAP – 102; Elite in der Massenpartei – 105; Landtagswahlen 1931 – 109; Der Boxheim-Skandal – 112

3. Machtergreifung, Machtverlust	119
Landtagspolitik – 119; »Machtergreifung« in Darmstadt – 121; Polizeichef in Hessen – 123; Machtkampf und Sturz – 127.	

Zweiter Teil

III. POLITISCHE POLIZEI IM »DRITTEN REICH«	133
1. Die Morde in München	133
Staat, Partei und Polizei – 133; Das bayerische Modell – 135; »Brauner Bolschewismus« – 138; Neuaufbau des SD – 141; Die »Röhm-Aktion« in München – 143; Die Weichenstellung des 30. Juni – 146.	
2. Konsolidierung des Terrors	147
Ausgangslage und Aufgabenstellung – 147; Autonomie der Politischen Polizei – Die Praxis der »Schutzhaft« – 150; Die Misshandlung von Häftlingen – 154; Das dritte Gestapo-Gesetz – 160.	
3. Von der »Abwehr« zur »Prävention«	163
»Arzt am deutschen Volkskörper« – 163; Übernahme der Gesamtpolizei – 168; Von der »Gegnerbekämpfung« zur »rassischen Generalprävention« – 170; Maßnahmestaat und Normenstaat – 177.	
4. Vierte Säule im völkischen Staat	180
Militärische Abwehr und Abwehropolizei – 181; Funktionswandel des Sicherheitsdienstes – 186; Professionalisierung und Führungspersonal – 191; »Lebensgesetze« und völkisches Rechtsdenken – 196.	
5. »Antisemitismus der Vernunft«.....	203
Pogrom und »seriöser Antisemitismus« – 203; Generallinie Auswanderung – 208; Austreibung der »Ostjuden« – 214; »Kristallnacht« – 218; Wendepunkt der »Judenpolitik« – 221.	
6. »Völkische Flurbereinigung«	225
Bild und Selbstbild Bests – 225; Bruch mit Heydrich – 228; »Kritik und Apologie des »Juristen«« – 230; Einsatzgruppen – 234; Die »Aktionen« in Polen – 237; »Völkische Flurbereinigung« – 240; Das Kalkül des Sachzwangs – 245.	

IV. FRANKREICH.....	251
1. »Aufsichtsverwaltung«	251
Das Pariser Szenario – 251; Rückgrat der Kollaboration – 254; »Sicherungshaft« – 258; Kunstraub – 260; Entrechtung der Juden – 262; Volkstum und Besatzungspolitik – 265.	
2. Völkische Großraumordnung	271
Carl Schmitt und die Völkischen – 271; Bests Theorie vom Großraum – 275; Großraum und Vernichtungstheorie – 279; »Herrenschicht oder Führungsvolk?« – 284; Völkische Neuordnung Westeuropas – 290.	
3. Geiselerchießungen und »Judenpolitik«	298
Attentate und »Sühnemaßnahmen« – 299; Eskalation und Alternativen – 303; Verschärfung der »Judenpolitik« – 306; Von der Internierung zur Deportation – 309.	
4. Umbruch in Paris.....	314
Revirement und Karrieresorgen – 314; Ein Briefwechsel – 316; Heydrich in Paris – 320.	
V. DÄNEMARK.....	323
1. Das »Musterprotektorat«	323
Best in Kopenhagen – 323; Dänemark im deutschen Kalkül – 326; Telegrammkrise – 330; Regierungsbildung und »Verhandlungspolitik« – 334; Reichstagswahlen – 338.	
2. »August-Aufbruch«.....	342
Widerstand und innere Machtkämpfe – 342; Massenstreik und Sabotage – 348; Das Ende des »Musterprotektorats« – 351; Ausnahmezustand – 354.	
3. Die »Judenaktion«	360
Vorhaben und Rücksichten – 360; Das Telegramm vom 8. September – 362; Die Rettung der dänischen Juden – 366; Forschung und Legenden – 368.	
4. Widerstand und »Gegenterror«	374
In der Schwebe – 373; Gerichtsbarkeit und »Clearing-Morde« – 377; »Zweifrontenkampf« – 381; Volksstreik in Kopenhagen – 385; Konfrontation mit Hitler – 387; Zwanzigster Juli – 389.	

5. Kriegsende	391
Aktion Taifun – 391; Fahrräder und Sippenhaft – 394; Flüchtlinge – 396; Endkampf im Norden? – 398.	

Dritter Teil

VI. FALL UND WIEDERAUFSTIEG	403
1. Prozesse und Urteile	403
Dänemark und die »Kriegsverbrecherfrage« – 403; Verklärung und Analyse – 408; Nürnberg – 413; Heroismus und Selbstmitleid – 419; »Konstitutioneller Psychopath« – 422; Drei Urteile – 426.	
2. Westdeutschland und die »Kriegsverurteilten«	434
Ausschaltung der NS-Eliten – 434; Kampf gegen die »Siegerjustiz« – 437; Kritik und Revision Nürnbergs – 438.	
3. Rückkehr in die Politik	444
Vom Todesurteil zur Freilassung – 444; Die Morde in München, II – 448; »Allmähliche Bereinigung« oder »Generalamnestie«? – 451; Die Amnestie-Kampagne – 454; »Wirkliche Verbrecher« – 455; »Endlösung des Kriegsverbrecher-Problems« – 457.	
4. Naumann oder das Ende der Analogie	461
Die »Ehemaligen« in der FDP – 461; Nationale Sammlung – 465; Die Verhaftungsaktion – 467; Achenbach – 469; Ausgrenzung in den Wohlstand – 472.	
VII. VERGANGENHEIT UND GEGENWART	477
1. Sinngebung und Entlastung	477
»Was wollten wir als Nationalsozialisten?« – 478; »Philosophie des Dennoch« – 480; Die Gestapo und der Artikel 131 – 483; Bests Entnazifizierung – 488.	
2. Kameradenhilfe	491
Nebenzkanzlei Best – 491; Ludwigsburg – 492; Teilamnestie für »Beihilfe«? – 495; Die RSHA-Verfahren – 498; Best und die Historiker – 501; Dokumentenhilfe – 503; »Strategische Führung« – 507.	

3. Das Best-Verfahren	511
Verhaftung und Verhöre – 511; Gutachterkrieg – 515; Letzte Jahre – 519.	

SCHLUSS	522
---------------	-----

Nachwort zur 5. Auflage.....	539
------------------------------	-----

Anhang

Anmerkungen	553
Quellen und Literatur	658
Abkürzungen	693
Personenregister	698
Dank	703
Der Autor.....	704

Einleitung

Zu den weltweit bekannten Repräsentanten des NS-Regimes gehörte Werner Best nicht. Auch in Deutschland selbst wusste – und weiß – man nur wenig über ihn. Die Informationen, die man in den populäreren Darstellungen der Geschichte des »Dritten Reiches« über ihn erhält, sind meist spärlich und zudem ausgesprochen widersprüchlich: als Justitiar Himmlers und Heydrichs wird er bezeichnet, als SS-Ideologe, auch als »Graue Eminenz« der Gestapo; zudem als der für den Mord an vielen tausenden Menschen verantwortliche Organisator der »Einsatzgruppen« in Polen. Einer breiteren Öffentlichkeit war er allerdings als der Verfasser der »Boxheimer Dokumente« in Erinnerung, die als »Putschpläne der Nazis« in der Spätphase der Weimarer Republik zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und rechten Gegnern der Republik geführt hatten. Auf der anderen Seite wird Bests erfolgreiches Wirken als Reichsbevollmächtigter in Dänemark erwähnt, der dort in der deutschen Besatzungspolitik einen auf Ausgleich bedachten, vergleichsweise vernünftigen Kurs gehalten habe und zudem auf eine etwas unklare Weise an der Rettung der dänischen Juden vor ihrer Deportation beteiligt gewesen sei. Als einer der intellektuellen Köpfe von Sicherheitspolizei und SD, als »Theoretiker der Vernichtung« wird er an einer Stelle beschrieben; als zwar radikaler und überzeugter, gleichwohl »vernünftiger«, sachlich und kompetent auftretender Nationalsozialist an einer anderen, sogar als »normativ«, wenn nicht gar »rechtlich« denkender Verwaltungsjurist, der sich mit den Repräsentanten des NS-Regimes bis an die Grenze zum offenen Widerstand kritisch auseinandergesetzt habe. In den Nachkriegsjahren tauchte er in den Zeitungen ab und zu als ein Mann mit einer etwas mysteriösen Vergangenheit auf, und als vielgefragter »Zeitzeuge« finden wir ihn in zahlreichen Darstellungen über die Geschichte des NS-Regimes wieder.

Innerhalb des nationalsozialistischen Apparats hatte Best bis 1940 als Organisator und führender Ideologe der Gestapo und in weiterem Sinne auch der SS gegolten. Hier stand er im Ruf eines verbindlich, zurückhaltend und betont sachlich auftretenden, im Umgang mit den Ministerialbehörden erfahrenen und geschickten Verwaltungsfachmannes, zudem eines vielseitig begabten und gebildeten Mannes mit wachem Verstand und selbständigem Urteilsvermögen.

Ein Gesamtbild lässt sich aus alledem nicht gewinnen, und die hier zutage tretenden Widersprüche sind gewiss auch für sich eine nähere Betrachtung wert. Aber obwohl Best auch als einzelne historische Figur einige Aufmerksamkeit verdiente, hat sich das Interesse an dieser Person und ihrem Lebensweg, das schließlich zu diesem Buch führte, doch in anderem Zusammenhang und von anderen Fragen her entwickelt, die im folgenden kurz erläutert werden sollen.

Werner Best wurde im Jahre 1903 geboren; er entstammte einer Mainzer Beamtenfamilie, hatte an den Universitäten Frankfurt, Freiburg im Breisgau und Gießen Jura studiert, nach der Promotion seine Referendarzeit durchlaufen und war

schließlich Amtsrichter geworden. Nach vielerlei Aktivitäten im völkischen und rechtsradikalen Milieu der zwanziger Jahre stieß er 1930 zur NSDAP. Wegen seiner Verantwortung für die »Boxheimer Dokumente« verlor er Ende 1931 seine Stellung als Richter und betätigte sich fortan ausschließlich politisch. Nach der nationalsozialistischen »Machtergreifung« übernahm Best zunächst das Amt des hessischen Polizeipräsidenten, um im Herbst 1933 als Organisationschef des SD nach München zu gehen. Anfang 1935 wechselte er nach Berlin in das Geheime Staatspolizeiamt, in welchem er bis 1940 die Funktionen des Stellvertretenden Leiters, des Justitiars, des Personal- und Organisationschefs sowie des Leiters der polizeilichen Abwehr innehatte – der Mann hinter, eine Zeitlang wohl eher neben, Reinhard Heydrich. Vom Sommer 1940 bis 1942 war Best dann als Chef der Verwaltung beim Militärbefehlshaber in Frankreich tätig, anschließend amtierte er bis zum Kriegsende als deutscher Reichsbevollmächtigter im besetzten Dänemark. Nach dem Krieg erlebte Best im dänischen Gefängnis drei sehr unterschiedliche Gerichtsurteile – von der Todesstrafe bis zu fünf Jahren Haft –, kehrte im Jahre 1951 nach Westdeutschland zurück und wurde im Umfeld der nordrhein-westfälischen FDP als einer der Organisatoren der Kampagne für eine Generalamnestie zugunsten der NS-Täter schnell wieder politisch aktiv. Seit Mitte der 50er Jahre als Justitiar und Direktor in einem westdeutschen Industrieunternehmen tätig; setzte er sich – nicht ohne Erfolg – intensiv für ehemalige Nationalsozialisten ein, die von Strafverfahren bedroht waren, eine Aktivität, die er mit großer Energie bis an sein Lebensende betrieb.

Die Kombination aus dem begabten, belesenen und »vernünftigen« jungen Juristen und dem fanatischen SS-Ideologen und Organisator des Massenmords, wie sie bei Best aufzutreten schien, stellte eine politische und moralische Herausforderung schon deshalb dar, weil sie die klassischen Muster und Erwartungen gegenüber einem der Führer des nationalsozialistischen Terrorapparates nicht erfüllte. Auf der anderen Seite, so die hier entstandene Vermutung, ist es aber gerade diese Kombination aus Radikalismus, weltanschaulichem Antrieb und einer spezifischen Form der Vernunft – einer ideologischen Binnenrationalität einerseits, einer Effizienz und rationelle Herangehensweise mit den ideologischen Grundannahmen verknüpfenden »Sachlichkeit« andererseits –, die historisch wie individuell-konkret erklärt werden muss, will man verstehen, warum ein offenbar nicht kleiner Teil der jungen deutschen Intelligenz in den 30er und 40er Jahren bereit und in der Lage war, eine Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß mitzutragen, zu konzipieren und in die Praxis umzusetzen.

Das Reichssicherheitshauptamt, dessen Struktur, personelle Besetzung und politische Ausrichtung Best maßgeblich bestimmt hatte, war im Herbst 1939 als Zusammenschluss der Zentralbehörden von Gestapo, Kriminalpolizei und dem »Sicherheitsdienst« (SD) der SS gegründet worden und brachte auf der politisch-organisatorischen Ebene die enge Verklammerung von politischer Verfolgung, Verbrechensbekämpfung und rassistischer Volkstumspolitik als Kennzeichen der

nationalsozialistischen »Gegnerverfolgung« zum Ausdruck. Zugleich wurde damit der Aufstieg des von Himmler, Heydrich und Best geleiteten Sicherheitsapparats zu einem der stärksten und einflussreichsten Machtblöcke innerhalb des nationalsozialistischen Regimes, der sich im Verlauf der vergangenen fünf Jahre von allen hemmenden und kontrollierenden Instanzen befreit und sich neben staatlicher Verwaltung, Partei und Wehrmacht zur »vierten Säule im völkischen Staat« entwickelt hatte, zu einem vorläufigen Abschluss gebracht. Mit Beginn des Krieges weiteten sich die Aufgabenbereiche dieses Apparats auf fast ganz Europa aus: Von hier aus wurden die von der deutschen Wehrmacht besetzten Länder mit einem Netz von Terrorbehörden überzogen, die Mordkommandos der Einsatzgruppen gelenkt, die gigantischen »Umsiedlungsaktionen« in Polen und der Sowjetunion, in Südost- und in Westeuropa organisiert und schließlich die Deportation und Ermordung der europäischen Juden in Gang gesetzt.

Bei Kriegsbeginn bestand die Führungsgruppe des Reichssicherheitshauptamtes aus etwa 300 Männern: Amtsleiter, Referatsleiter, die Chefs der regionalen Staatspolizeistellen und ihre Vertreter. Aus diesem vergleichsweise engen Personalreservoir rekrutierte sich in den folgenden Jahren ein Großteil der Leiter der Einsatzgruppen und -kommandos, der Inspekture, Kommandeure und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in den von Deutschland besetzten Ländern sowie der Gestapostellenleiter. Sie waren unmittelbar befasst mit und verantwortlich für beinahe alle Deportations-, Ausrottungs- und Vernichtungsoperationen sowohl in Deutschland selbst als auch – und vor allem – in den besetzten Gebieten, insbesondere Osteuropas. Wenn es überhaupt eine Kerngruppe der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Genozidpolitik gegeben hat, dann waren es diese Männer.

Die Zusammensetzung dieser Gruppe war allerdings bemerkenswert und unterschied sich signifikant von anderen Funktionseliten im »Dritten Reich«: Im Jahre 1939 waren – bezogen auf Gestapo und SD – zwei Drittel dieser Männer jünger als 36 Jahre; beinahe ebenso viele hatten ein Universitätsstudium absolviert, die meisten in Rechtswissenschaft. Sie waren also deutlich jünger als die Führungsgruppen in Verwaltung, Wirtschaft und Wehrmacht und deutlich gebildeter als diejenige der Partei – Ausdruck einer gezielten und systematischen Personalpolitik, die darauf zielte, die Spitzenpositionen der Sicherheitspolizei nicht mit Vertretern der traditionellen Führungsschichten aus der Innenverwaltung, sondern mit explizit nationalsozialistischen Nachwuchskräften zu besetzen und deren Ausbildung innerhalb des Apparats an den Maximen von politisch-weltanschaulicher Zuverlässigkeit und polizeilichem Professionalismus auszurichten.¹

Als die Richter des Nürnberger Tribunals ihre Urteile gegen die Angeklagten im Fall 9, dem »Einsatzgruppenprozess«, sprachen, machten sie kein Hehl aus dem tiefen Erschrecken über die als bestürzend empfundene Diskrepanz zwischen den hier zur Sprache gekommenen Verbrechen und der Persönlichkeitsstruktur der angeklagten ehemaligen Leiter der Einsatzgruppen und -kommandos, die für die Ermordung hunderttausender Menschen in den von Deutschland eroberten Gebieten der Sowjetunion verantwortlich waren: »Die Angeklagten

sind keine ungebildeten Wilden, unfähig, die höheren Werte des Lebens und der Lebensführung zu schätzen. Jeder der auf der Anklagebank Sitzenden hatte den Vorteil einer beträchtlichen Ausbildung genossen. Acht sind Juristen, einer Universitätsprofessor, ein anderer Zahnarzt und wieder ein anderer Kunstsachverständiger ... Es war in der Tat eine der vielen bemerkenswerten Seiten dieses Prozesses, dass die Schilderung ungeheurer Greuelthaten ständig mit den akademischen Titeln der als ihre Täter genannten Personen durchsetzt war.«

Besonders krass erschien den Richtern dieser Widerspruch bei dem Angeklagten Otto Ohlendorf, der als Leiter der Einsatzgruppe D in der Sowjetunion für den Mord an mehr als 90.000 Menschen, fast ausnahmslos Juden, direkte Verantwortung trug und sich dazu – im Gegensatz zu den meisten anderen – auch bekannt hatte. Diese Diskrepanz, ja Dichotomie zwischen dem gebildeten, freundlich und offen auftretenden Universitätsdozenten und dem Massenmörder Ohlendorf konnten sich die Richter nicht anders erklären als mit der Vermutung, dass hier ein psychischer Defekt, eine Persönlichkeitsspaltung vorliegen müsse: »Zuerst ist hier der Ohlendorf als Student, Dozent, Verwalter, Soziologe, wissenschaftlicher Analytiker und Menschenfreund. Dieser Ohlendorf wurde auf einem Bauernhof geboren, studierte Rechts- und Staatswissenschaft an den Universitäten Leipzig und Göttingen, war an den Gerichten in Alfeld/Leine und Hildesheim tätig, wurde stellvertretender Abteilungsleiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, dann Abteilungsleiter am Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften in Berlin und im Jahre 1936 Wirtschaftsreferent im SD. Für diesen Ohlendorf hat der Verteidiger mehrere hundert Seiten eidesstattliche Erklärungen unterbreitet ... Eine dieser eidesstattlichen Erklärungen besagt: ›Ohlendorf sah in den verschiedenen Völkern keine hochwertigen oder minderwertigen Rassen ... Er sah Rassen nur als einen biologischen Begriff. Die einzelnen Völker waren für ihn nicht hoch- oder minderwertig, sondern verschiedenartig. Die Herrschaft eines Volkes mit seinen Lebensprinzipien hielt er daher für falsch und gegen die Lebensgesetze gerichtet. Vielmehr war für ihn das erstrebenswerte Ziel eine Ordnung der Völker, in der jedes Volk gemäß seiner Wesensart und seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten sich entwickeln kann. Volk war für ihn auch nicht gebunden an eine staatliche Organisation.‹ – Auf der anderen Seite wird uns ein SS-General Ohlendorf beschrieben, der die Einsatzgruppe D auf eine Rassen-Ausrottungsexpedition in die Krim führte. Dieser Otto Ohlendorf wird von dem gleichen Otto Ohlendorf beschrieben. Wenn der Menschenfreund und der Einsatzgruppenführer in einer Person verschmelzen, könnte man annehmen, dass wir es hier mit einem Charakter zu tun haben, der dem von Robert Louis Stevenson in seinem Buch ›Dr. Jekyll und Mr. Hyde‹ beschriebenen gleicht.«²

Wenn es sich jedoch bei Ohlendorf – wie bei Best und den anderen führenden Männern der Einsatzgruppen und des RSHA – nun aber weder um sozial entwurzelte Desperados handelte, die ihre Defizite an sozialen Bindungen und persönlicher Integrität durch Blutrausch und Mord kompensierten, wie man dies vermutlich mit einigem Recht für einen Teil der unteren Ränge der SS etwa in den Konzentrationslagern feststellen kann³, noch um dumpf-überzeugungslose Befehlsempfänger, die sich ihrer Verantwortung und der Tragweite ihres Handelns

nicht bewusst gewesen wären, dann sind die Fragen nach der Persönlichkeit und Überzeugungswelt, nach der politischen Sozialisation und ideologischen Aufladung, nach der weltanschaulichen Motivation und Perspektive der Angehörigen dieser für die nationalsozialistische Terror- und Vernichtungspolitik so zentralen Gruppe einigermaßen zwingend. Und von nicht geringerem Interesse ist dann die Untersuchung der nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik aus der Perspektive der Protagonisten des SS-Staates selbst und – sofern sie das Kriegsende überlebten – die Analyse ihres weiteren Lebenswegs nach 1945, ihrer Einpassung in die gewandelten Verhältnisse, ihrer Legitimationsstrategien und Lebensperspektiven. Wenn es weiter zutrifft, dass die Führer des nationalsozialistischen Polizeiparates weder technokratische Mordmaschinen noch sozial marginalisierte Befehlsempfänger waren, sondern im Gegenteil eher überdurchschnittlich intelligente, selbstbewusste, tatkräftige und in der Regel sehr junge Männer mit durchaus eigenen politischen Vorstellungen, die zudem eher der Mitte und den oberen Rängen der deutschen Gesellschaft entstammten als den Randgruppen und Unterschichten, dann wird der Blick zugleich viel stärker auf diese deutsche Gesellschaft selbst gerichtet, aus der heraus eine solche Elite erwuchs, als dies bislang geschah. Die hier formulierten Fragen beziehen sich dann zugleich nicht allein auf das Verständnis der Geschichte des NS-Regimes oder seines Terrorapparats, sondern auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt.

Dass diese Fragen in der historischen Forschung, zumal der deutschen, bislang keine intensivere Bearbeitung gefunden haben, obwohl hier doch sehr grundsätzliche und für die neuere deutsche Geschichte – weit über die Herrschaftszeit des NS-Regimes hinausreichend – bedeutsame Probleme aufgeworfen werden, ist überraschend, lässt sich aber außer durch die hier entstehenden Probleme der Überlieferung und der Methode vor allem durch den Gang der Erforschung der NS-Diktatur in den vergangenen Jahrzehnten erklären.

Struktur, politischer Einflussbereich und Führungspersonal von SS und RSHA ebenso wie die in diesem Kreis vertretenen und diskutierten politischen und weltanschaulichen Konzepte und Zielsetzungen haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten eher im Schatten der großen Forschungstrends und -debatten gestanden. Weder über die Vorstellungen der SS- und RSHA-Führung zur Rassen-, Volkstums- und Bevölkerungspolitik noch über die hier vertretenen außenpolitischen und »großgermanischen« Zielsetzungen, noch über die Geschichte des RSHA oder auch des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS gibt es solide Untersuchungen; über die Tätigkeit des Geheimen Staatspolizeiamtes sind wir lediglich für die Anfangsjahre des Regimes gründlich informiert.⁴ Ähnlich verhält es sich mit biographischen Studien zu den führenden Personen des SS- und RSHA-Apparates; bis auf wenige Ausnahmen ist dies nach wie vor die Domäne eines reißerischen und nicht selten apologetisch eingefärbten Sensationsjournalismus. Über die Amts- und Abteilungsleiter im RSHA, über die Kommandeure der Einsatzgruppen und die Leiter der regionalen Stapostellen wissen wir nur in Einzelfällen mehr als die Namen; biographische Analysen, die Herkunft, Sozialisation, politische Tätigkeit und Überzeugungen sowie den Karriereverlauf

mit einbeziehen, gibt es, außer zu Kaltenbrunner, ebenso wenig wie Untersuchungen, die über das Jahr 1945 hinausreichen.⁵

Insgesamt sind nicht nur der nationalsozialistische Terrorapparat von SS und RSHA etwa seit dem Ende der 60er Jahre mehr und mehr aus dem Blick der Forschung geraten, sondern auch die hier obwaltenden politischen und ideologischen Überzeugungen und Zielsetzungen – unabhängig davon, ob man die Bedeutung dieser Überzeugungen für die im Verlauf der nationalsozialistischen Herrschaft in Gang gesetzten Prozesse nun für besonders groß oder für im Grunde nebensächlich hält.⁶

Dies war sowohl in der frühen Nachkriegszeit wie in den späten 50er und frühen 60er Jahren allerdings zunächst anders. In dieser Zeit standen, angestoßen durch die Prozesse in Nürnberg, Jerusalem und Frankfurt, die Führer von RSHA und SS und der Apparat selbst durchaus im Zentrum des Interesses der Forschung und der öffentlichen Diskussion. Dass sich dabei in der ersten Hälfte der 60er Jahre im Gefolge der Schriften Hannah Arendts eine Debatte über Eichmann und die »Banalität des Bösen« entzündete, konnte angesichts der Offenbarungen des Jerusalemer Prozesses nicht verwundern. Denn Eichmann widersprach durch seine Person und sein Auftreten jenen Erwartungen, wonach eine so unmittelbare Beteiligung an den vielleicht größten Massenverbrechen der Geschichte eine gewisse, wenn auch umgekehrte, diabolische Größe auch des Täters voraussetzte.⁷ Dass sich Eichmann hingegen als organisationswütiger Spießer ohne jedes persönliche und intellektuelle Format entpuppte, musste auf die Überlebenden und die Nachkommen der Opfer wie ein Hohn wirken. Aber Eichmann spielte ebenso wie die in Frankfurt angeklagten Aufseher des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz in der Hierarchie des RSHA nur eine untergeordnete Rolle, und für die Führer des Terrorapparates war er eher untypisch. So hat es sich historiographisch möglicherweise verhängnisvoll ausgewirkt, dass von nun an der nationalsozialistische »Schreibischtäter« in den Kategorien des beflissenen Befehlsempfängers Eichmann betrachtet wurde.

Auf der anderen Seite gab es in dieser frühen Phase zahlreiche Arbeiten, vor allem aus dem Münchner Institut für Zeitgeschichte sowie etwa von Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz oder Kurt Sontheimer, die die Struktur und die Aufgabenbereiche des NS-Terrorapparates untersuchten und auf die ausgeprägt elitären und sich vom »gewöhnlichen« Nationalsozialismus absetzenden ideologischen Vorstellungen in der SS- und RSHA-Führung sowie auf die bemerkenswerten personellen und ideologischen Kontinuitäten zwischen der jungen rechtstradikalen Intelligenz der Weimarer Republik und der neuen SS-Elite – vor allem bei SD und Gestapo – hinwiesen.⁸ Zu einer systematischen politik-, sozial- und geistesgeschichtlichen oder biographischen Analyse der Führungsgruppe des NS-Terrorapparates kam es jedoch nicht, weil die Forschungsdiskussion seit Ende der 60er Jahre in zunehmendem Maße von den sich entfaltenden und bald stark politisierten Großdebatten um Totalitarismus und Faschismus, schließlich um »Hitlerismus«, »Intentionalismus« und »Funktionalismus« bestimmt und überwölbt wurde.⁹

In Bezug auf das hier in Frage stehende Problem sind dabei, etwas verkürzt, vor allem zwei Entwicklungslinien zu nennen. Auf der einen Seite wurde hervorgehoben, dass eine vorrangige Beschäftigung mit der kleinen Gruppe der Organisatoren der NS-Massenverbrechen ebenso wie eine Betonung der weltanschaulichen Motive der verantwortlichen Täter und vor allem Hitlers selbst die Beteiligung der traditionellen Eliten an der Politik und den Verbrechen des Regimes ausblende, die »populistische Attraktivität« des Nationalsozialismus zu wenig berücksichtige und die strukturell angelegte Unfähigkeit des Systems zu langfristig angelegter Politik im Sinne der mittelfristigen Integration divergierender Interessen übergehe.¹⁰ In dieser Interpretation trat in der Folgezeit die Bedeutung des nationalsozialistischen Terrorapparats und seiner Organisatoren insgesamt in den Hintergrund, weil eine politische Eigenbedeutung des Apparats innerhalb des Regimes und die Relevanz der völkisch-radikalen Überzeugungen der Tätergruppe für die Ingangsetzung der Genozidpolitik in Polen und der Sowjetunion angesichts der in der Struktur des NS-Herrschaftssystems angelegten und sich stark dynamisierenden Faktoren in Zweifel gezogen wurden. In der Beurteilung der SS- und RSHA-Führer entwickelte sich vielmehr – insbesondere auf der Basis der Untersuchungen von Aronson, Buchheim und Höhne, aber zum Teil abweichend von deren Interpretationen – das Bild vom kalten Machttechniker, vom »Technokraten des Terrors«, der keinerlei politische Überzeugungen mehr besitze und von der »Macht an sich« fasziniert sei.¹¹

Auf der anderen Seite der Debattenfront trat das ursprünglich durchaus offenere Konzept, wie es vor allem von Bracher vertreten worden war, im Zuge der sich verschärfenden politisch-historiographischen Auseinandersetzungen seit Mitte der 60er Jahre zunehmend in den Hintergrund. Während vordem die Verbreitung radikaler völkisch-rassistischer Überzeugungen in erheblichen Teilen der jungen Intelligenz der Weimarer Republik und die Verbindungen zu den Elitenvorstellungen und Volkstumspostulaten in der SS- und Gestapo-Führung, die von den etwa in der SA und der Partei vertretenen Positionen zum Teil stark abwichen, hervorgehoben und im einzelnen untersucht worden waren¹², verengte sich die Debatte nun, um dem Diktum vom »schwachen Diktator« und der darin enthaltenen Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der Rolle der alten Eliten innerhalb der NS-Diktatur entgegenzutreten, zusehends auf »Hitlers Weltanschauung«, die konsequent in »Hitlers Herrschaft« und die nationalsozialistischen Massenverbrechen gemündet sei. Denn Hitler, so wurde nun argumentiert, sei der einzige gewesen, der schon seit den frühen 20er Jahren von der Vision des Völkermords an den Juden geprägt worden sei und diese dann konsequent in die Praxis umgesetzt habe.¹³ Die Führung von SS und RSHA kam als selbständig handelnde Gruppe in dieser Interpretation ebenfalls nicht vor, sondern lediglich als Befehlsempfänger und Durchführungsgehilfen Hitlers. Die weltanschaulichen Postulate und insbesondere die hier entwickelten Vorstellungen von Rassen- und Volkstumspolitik wurden lediglich als Ableitungen oder Adaptionen des Hitlerschen Weltbildes angesehen und nicht selbst zum Gegenstand der Untersuchungen. Zugleich rückten völkische, sozialdarwinistische, »eugenische« und rassenantisemitische Ideologeme den Bereich des Obskuren und Marginalen, und

die SS- und RSHA-Führer wurden mehr und mehr als Exponenten einer relativ kleinen Gruppe von Fanatikern verstanden, deren Motive und Antriebe im Grunde nur noch psychopathologisch zu erklären seien. So wurde »die SS« zu einer Residualkategorie des Abnormen und schien mit dem Rest der Gesellschaft nicht mehr in direktem Zusammenhang zu stehen.

In beiden hier angesprochenen Interpretationsrichtungen kommen also die SS- und RSHA-Führer nicht als selbständig handelnde (und zu untersuchende) Faktoren vor, sondern als Getriebene, als Werkzeuge und gewissermaßen inhaltsleere Machtfaktoren, so dass sich das Interesse und die großen Untersuchungen entweder auf Hitler selbst oder auf die gesellschaftlichen Eliten – Industrie, Justiz und Verwaltung, Wissenschaft, Wehrmacht –, auf die deutsche Bevölkerung oder einzelne Bevölkerungsgruppen und ihr jeweiliges Verhältnis zur NS-Diktatur konzentrierte.¹⁴

Gemeinsam ist diesen unterschiedlich motivierten Erklärungsansätzen, dass sie die Führungsgruppe des RSHA auf ein konzeptionell zu vernachlässigendes Instrument des Terrors in den Händen anderer reduzieren. Hingegen rücken die Fragen, was diese Männer antrieb, welche Vorstellungen und Zielsetzungen sie entwickelten, auf welche Weise sie die ihnen doch anerzogenen Wertnormen von Moral und Humanität überwandten, in welchem Verhältnis sie zur politischen Praxis und weltanschaulichen Perspektive des NS-Regimes, seines Führers und der verschiedenen Mächtigkeitsgruppen standen und wie sie ihr Handeln vor sich, ihren Untergebenen sowie nach dem Krieg gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigten, in den Hintergrund und werden durch die Konstruktionen des Zynismus, der Machtgier oder der Subalternität der einzelnen ersetzt. Auf der anderen Seite werden die gestellten Fragen durch stereotype Verweise auf »die Naziideologie«, den »pathologischen Rassenwahn« oder den »eklektizistischen Blut-und-Boden-Mythos«, die in solchem Zusammenhang häufig gegeben werden, eher verdeckt als beantwortet. Die politischen und weltanschaulichen Vorstellungen der RSHA- und SS-Führer – wie diejenigen der intellektuellen Rechtsradikalen vor und während der NS-Diktatur insgesamt – werden auf diese Weise pathologisiert, auf eine historisch kaum mehr rekonstruierbare, individuelle Verirrung reduziert und damit auch vom mainstream der die großen politischen Debatten prägenden Geistesströmungen in Deutschland separiert.

Diese Pathologisierung politischer Überzeugungsgewissheit aber trägt ebenso wie die stete Suche nach den »eigentlichen«, also außerideologischen Motiven für das Handeln dieser Männer – seien es wirtschaftliche Interessen, imperialistisches Machtstreben, systeminterne Konkurrenzkämpfe oder individuelle Skrupellosigkeit – auch Züge einer intellektuellen Bedrohungsabwehr, weil es der abendländischen Vernunft zuwiderläuft, so monströse Untaten teilweise oder gar überwiegend auf ein der deutschen Geistestradiation zwar nicht fremdes, gleichwohl ohne weiteres als empirisch und theoretisch unhaltbar zu erkennendes Ideengebäude zurückzuführen. Aber nicht die Frage, ob eine Ideologie aus der Distanz als »rational« oder »irrational« zu erkennen ist, ob sie heute als plausibel oder als absurd erscheint, ist für die historische Analyse erkenntnisleitend, sondern die

Fragen, ob, in welchem Maße und warum sie die Protagonisten als Erklärung ihrer Gegenwart und als verlockende Perspektive überzeugte, womöglich begeisterte, in welchem Verhältnis sie zur Inangasetzung der politischen Praxis stand und welche Bedeutung ihr – nach dem Scheitern – bei der Rechtfertigung und Erklärung des Ungeheuerlichen zukam.

Die Überlegung, die Lebensgeschichte eines dieser Männer zur Grundlage einer diese verschiedenen Felder gleichermaßen explorierenden wie miteinander verknüpfenden Untersuchung zu machen, ist schon in den frühen 80er Jahren in Auseinandersetzung mit meinen Essener Kollegen, namentlich Lutz Niethammer und Detlev Peukert, entstanden. Unsere seinerzeitigen Versuche, lebensgeschichtliche Untersuchungen für die zeitgeschichtliche Historiographie fruchtbar zu machen und dabei den Vorzug des Biographisch-Individuellen – Konkretion und diachrone Perspektive – mit generalisierbaren Fragestellungen zu verknüpfen, verwies bereits früh auf die historiographische Herausforderung, die darin steckte, dass die durch vielfältige und tiefgreifende Brüche gekennzeichnete politische Geschichte unseres Jahrhunderts durch die Lebensgeschichte der Individuen gewissermaßen zusammengehalten und anders periodisiert wurde, so dass, was historisch und politisch in der Regel ganz getrennt erscheint, doch von den Menschen selbst als biographische Einheit erlebt worden war; woraus geradezu ein Vorwurf erwuchs, wenn sich etwa die Lebensgeschichten durch andere als die politischen Großdaten gegliedert erwiesen und auf diese Weise miteinander verbanden, was in der Perspektive einer politischen Geschichtsschreibung nicht zusammengehörte.¹⁵

Der zweite Anstoß kam von den neuerlichen Überlegungen über die historische Bedeutung generationeller Erfahrungen, die sich in den untersuchten Lebensgeschichten vor allem als langfristig prägend herausstellten und soziale und politisch definierte Grundeinheiten häufig zu transzendieren schienen – Überlegungen, wie sie seinerzeit ebenfalls im Kontext unseres Essener Forschungsprojekts diskutiert und dann vor allem von Detlev Peukert bei seiner Interpretation der Geschichte der Weimarer Republik umgesetzt und überprüft wurden.¹⁶

Drittens war mir – gewiss nicht als erstem – bereits in früheren Arbeiten die zentrale, in der Forschung aber nur wenig und eher am Rande thematisierte Rolle der Führungsgruppe von Sicherheitspolizei und SD bei der Formulierung und Durchsetzung der nationalsozialistischen Volkstums- und Vernichtungspolitik nachdrücklich vor Augen geführt worden.¹⁷ Damit verband sich zunehmend der Eindruck, dass die Bedeutung weltanschaulicher Großkonzepte für die Motivation und Legitimation einer solchen Politik zunehmend aus den Augen geraten war, nachdem die sozialgeschichtliche Schule das Konzept einer umweglosen Verbindung zwischen Weltanschauung und politischer Praxis – womöglich allein verbunden durch die Figur des charismatischen Führers – destruiert hatte. Diese Destruktion war zweifellos ein Fortschritt insofern, als die mit der traditionellen Konzentration auf die geistesgeschichtlichen Traditionen verbundene Ausblendung von sozialen Interessen, langwirkenden politischen und gesellschaftliche

Problemlagen, wirtschaftlichen Konstellationen und Dynamiken der Apparate keine überzeugenden Forschungsergebnisse, insbesondere bezogen auf das 20. Jahrhundert, mehr zuließ. Eine sozial- und mentalitätsgeschichtlich informierte Geschichtsschreibung hingegen, so die Überlegung, musste sich der Frage nach der Bedeutung von Ideologien und politisch-weltanschaulichen Großkonzepten, insbesondere für das Handeln von Funktionseleiten in modernen Diktaturen, neu und in verstärktem Maße stellen, schon angesichts der evidenten, offenbar wieder wachsenden und allein durch den Rekurs auf Interessen und soziale Konflikte nicht erklärbaren Bedeutung fundamentalistischer Konzepte in der Gegenwart und der Verwüstungen, die die kommunistischen Diktaturen bis vor wenigen Jahren in einem Drittel der Welt angerichtet haben.

Ein vierter Aspekt kam hinzu, und es ist offenkundig, dass auch diese Frage durch die Revolutionen in Mittel- und Osteuropa nach 1989 auf eine neue Weise stimuliert und präzisiert wurde: Denn während über die politische Sozialisation und insbesondere die Handlungsweisen und Ziele nationalsozialistischer Spitzenfunktionäre vor 1933 und bis 1945 bereits vielfältige Studien vorliegen, ist über deren Entwicklung nach 1945 nur wenig bekannt, und wissenschaftliche Studien fehlen dazu beinahe völlig. Das mag zum einen daran liegen, dass aus der ersten Reihe der NS-Führer nur wenige die Nachkriegsjahre überlebten und biographische Untersuchungen in der Regel hier enden. Für die Angehörigen der Spitzengruppe von Sicherheitspolizei und SD aber – wie für die meisten national-sozialistischen Führungskräfte der zweiten und dritten Reihe – gilt das in diesem Umfang nicht. Die Fragen, wie sie die Nachkriegsjahre überlebten und auf welche Weise sie mit ihrer eigenen Vergangenheit umgingen, ob bzw. wie sie in die (west-)deutsche Gesellschaft zurückfanden und wie diese Gesellschaft darauf reagierte oder wie sehr diese Gesellschaft von den NS-Eliten oder der Auseinandersetzung mit ihnen selbst geprägt wurde, sind in der Forschungsgeschichte zur Bundesrepublik nur zögernd behandelt worden. Welche Bedeutung der Art und Weise des Umgangs mit dem Führungspersonal gestürzter Diktaturen für die postdiktatorialen Gesellschaften beikommt, wird nun aber anhand der Entwicklung in den verschiedenen nachkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, nicht zuletzt in Ostdeutschland, deutlich. Die Frage nach der Geschichte der NS-Eliten in der Bundesrepublik wird auf diese Weise von einer Streitfrage der politischen Tagesdiskussion und einem bevorzugten Objekt von Skandalgeschichten und Kolportagen zu einem für die Beurteilung der Geschichte des westdeutschen Staates wichtigen Thema der Forschung.

Aus diesen Impulsen erwuchs die Überlegung, die lebensgeschichtliche Untersuchung eines führenden RSHA-Mannes so anzulegen, dass hierbei im biographischen Zusammenhang ein Bogen geschlagen wird von der völkischen Bewegung und der »Konservativen Revolution« der 20er Jahre über den Aufstieg des Nationalsozialismus hin zur Politik und weltanschaulichen Verankerung des Sicherheitsapparats des Regimes, über die deutsche Besatzungspolitik in Europa bis hin zum Zusammenbruch der Diktatur, von den Nachkriegsprozessen gegen die einstigen NS-Größen und den verschiedenen Schüben der Auseinandersetzung

mit der NS-Vergangenheit in Deutschland bis in die Gegenwart – eine Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts in Deutschland also aus der sehr spezifischen, aber in diesem Jahrhundert eben auch sehr bedeutsamen Perspektive eines Mitglieds der engen Führungsgruppe des nationalsozialistischen Terrorapparates.

Erst nach allerlei Anläufen und Fehlversuchen und nachdem das Vorhaben zwischenzeitlich wieder zurückgestellt worden war, wurde aus diesen Vorüberlegungen ein Forschungsvorhaben: als ich nämlich in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg auf die Anklageschrift gegen Werner Best aus dem Jahre 1971 stieß und schnell bemerkte, dass hier ein geeigneter und in mancher Hinsicht besonders vielversprechender Ansatz für die projektierte Untersuchung gegeben war.¹⁸

Best hat im Laufe seines Lebens sehr verschiedene berufliche und persönliche Stationen durchlaufen; seine politische Aktivität währte siebzig Jahre – von 1918, als er zu den Jungnationalen stieß, über das Engagement im »rheinischen Abwehrkampf« und als völkischer Studentenführer, die Zeit im Kreise Ernst Jüngers, als Polizeipräsident in Hessen und als Stellvertreter Heydrichs im SD, Gestapa und RSHA, als Verwaltungschef in Frankreich und oberster Reichsvertreter in Dänemark bis zu seiner langjährigen Gefängnishaft, seiner Rückkehr in die Bundesrepublik, der Etablierung in der Industrie, bis schließlich zu dem letzten seiner vielen Auftritte vor Gericht, als er 1988 in Baden-Baden für einen seiner ehemaligen Untergebenen aussagte. Best hat all diese verschiedenen Stationen in einem spezifischen, wiederum ideologiegeleiteten Kontinuum und Spannungsverhältnis erlebt und wahrgenommen: die Jahre bis 1933/34 als Lern- und Kampfjahre; die Zeit bis 1945 als Konsequenz, Triumph und Sturz; die Jahre danach als Zeit der Rechtfertigung und des Beharrens auf der historischen und politischen Legitimität seiner politischen Konzeptionen wie seines Handelns während der NS-Zeit. Dadurch gewinnen die einzelnen Etappen seines Lebens in seiner Selbstreflexion eine spezifische Bedeutung und Folgerichtigkeit, was wiederum selbst Gegenstand der Untersuchung sein muss.¹⁹

Die Vielzahl der biographischen Stationen, die Best bis Kriegsende durchlief, und der politischen Felder, in denen er seit seiner Jugend aktiv war, hat sich im Verlauf dieser Untersuchung allerdings ebenso sehr als historiographischer Vorteil wie als Belastung herausgestellt. Als Vorteil und Herausforderung deshalb, weil auf diese Weise die Herausbildung, Radikalisierung, politische Umsetzung und nachträgliche Rechtfertigung seiner weltanschaulichen Grundüberzeugungen anhand sehr verschiedener Handlungsbereiche beobachtet und analysiert werden konnten; zugleich kamen dadurch auch die sich zunehmend dynamisierenden systemischen Widerstände in den Blick, die ein einfaches Schema »Weltanschauung – Herrschaftspraxis« als realitätsfern erkennen lassen.

Als problematisch hat sich dies aber insofern erwiesen, als Bests nie erlahmender Drang zur öffentlichen Selbsterläuterung und zur legitimatorischen Interpretation der NS-Zeit dazu geführt hat, dass ein Teil der einschlägigen Spezialliteratur nicht unwesentlich und manchmal in ungeahntem Ausmaß von Best selbst beeinflusst worden ist. Bereits während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-

Prozesses war Best einer der Hauptzeugen in Bezug auf alle mit der Gestapo sowie mit der Entwicklung in Dänemark seit 1942 zusammenhängenden Fragen. Nach dem Krieg trat er nicht nur in einer sehr großen Zahl von NS-Prozessen als Entlastungszeuge auf (und koordinierte, ja lenkte die Verteidigungsstrategien der Angeklagten); er gab auch den bei ihm anfragenden Historikern bereitwillig und ausführlich Auskunft, so dass Best in einem erheblichen Teil der im engeren Sinne einschlägigen Forschungsliteratur als Informationsquelle gedient hat. So hat Best indirekt an der Entstehung des in der vorliegenden Forschung vermittelten Bildes insbesondere von den Aufgaben und dem Aufbau der Gestapo, des SD und des RSHA, aber auch der Entwicklung in Frankreich bis 1942 und derjenigen in Dänemark seit 1942 zum Teil erheblich mitgewirkt. Nun tut dies dem wissenschaftlichen Wert der meisten dieser Studien gewiss keinen Abbruch, aber bei dieser Untersuchung entstand doch oft das Problem, bei der Analyse und Bewertung der von Best verantworteten Vorgänge nicht die von ihm selbst beeinflusste Sichtweise aus der Literatur ohne weiteres zu übernehmen. Insgesamt ergab sich bei der Überprüfung das nicht überraschende Resultat, dass Best in seinen Aussagen vor Gericht und seinen Informationen für Historiker all jene Bereiche, die für ihn persönlich strafrechtlich gefährlich werden konnten, verschwieg oder in einer ihn entlastenden Weise darstellte. Dies gilt etwa für die »Röhm-Aktion«, die Verzahnung zwischen Gestapo und Konzentrationslagern, die antijüdische Politik des Regimes vor dem Krieg, die Morde der Einsatzgruppen in Polen sowie die Judendeportationen in Frankreich und Dänemark. In den für ihn ungefährlichen Bereichen aber waren seine Aussagen bis in Einzelheiten sehr präzise, was seine Glaubwürdigkeit vor Gericht und als historischer Zeuge beträchtlich erhöhte.

Eine der wichtigen Grundlagen dieser Untersuchung stellen die Materialien der gegen Best vorbereiteten bzw. durchgeführten Strafverfahren dar. Vor allem die außerordentlich umfangreichen Bestände des in den 60er Jahren gegen Best wegen dessen Verantwortung für die Morde der Einsatzgruppen in Polen vorbereiteten Strafverfahrens der Berliner Staatsanwaltschaft, die in einer mehr als tausendseitigen Anklageschrift zusammenflossen, erwiesen sich in der Anfangsphase dieser Arbeit als sehr hilfreich, zumal die hier gesammelten Aussagen von über 400 Zeugen zahlreiche aufschlussreiche Hinweise auf die Entwicklung des nationalsozialistischen Polizeiapparates, die internen Auseinandersetzungen, das Selbstverständnis der führenden Beamten und SS-Leute und auf die Rolle Bests und seine Persönlichkeit enthielten. In der Folgezeit wurden dann die Unterlagen der verschiedenen Regional- und Zentralarchive im Hinblick auf die einzelnen Stationen in Bests Lebensweg bearbeitet, wobei sich überraschenderweise herausstellte, dass auch die Jugendphase Bests auf der Grundlage von archivalischen Überlieferungen relativ genau rekonstruiert werden konnte. Zu direkten Gesprächen oder Interviews war Best hingegen nicht bereit, zunächst unter Hinweis auf das im Erscheinen begriffene Buch von Matlok, in welchem Best seine Ausarbeitungen über die deutsche Besetzung in Dänemark und einige weitere Studien veröffentlichte, dann ohne Begründung.²⁰ Dabei ist zu berücksichtigen, dass Best seit 1987 von der Wiederaufnahme des Anfang der 70er Jahre wegen Verhand-

lungsunfähigkeit ausgesetzten Strafverfahrens wegen seiner Verantwortung für die Einsatzgruppenmorde in Polen bedroht war und offenbar seine Verhandlungsfähigkeit nicht durch längere Gespräche oder Interviews mit einem Historiker unter Beweis stellen wollte. Die von Best gegebenen Antworten auf schriftlich formulierte Fragen erwiesen sich in allen Punkten als Replikationen der bereits seit den unmittelbaren Nachkriegsjahren mit stupender Regelmäßigkeit schriftlich und mündlich wiederholten Aussagen und waren lediglich als solche von Interesse.

Ein besonderes Kapitel stellt der von Best im Bundesarchiv in Koblenz noch zu Lebzeiten deponierte »Nachlass« dar.²¹ Hier hat Best seine zahlreichen, seit Kriegsende verfassten Erinnerungs- und Rechtfertigungsschriften hinterlassen, deren Aussagekraft – ähnlich wie die seiner mündlich oder schriftlich gegebenen Auskünfte – jedoch begrenzt und jedenfalls schwierig zu ermitteln ist. Gleichwohl haben einige dieser zum Teil sehr umfangreichen Papiere in bisweilen erstaunlicher Weise Eingang in die Forschungsliteratur gefunden. Sie sind auch hier benutzt worden, allerdings sind sie durchweg mit archivalischen Überlieferungen oder Aussagen anderer Beteiligter verglichen worden. Wo Bests Erinnerungen die einzige Quelle sind, wurde dies jeweils vermerkt. Insgesamt sind diese Schriften Bests allerdings, vergleicht man sie mit den entsprechenden Hinterlassenschaften anderer NS-Größen, eher informativ, und zwar sowohl im Hinblick auf das intellektuelle Niveau der Darstellung als auch hinsichtlich der dabei zum Ausdruck gebrachten politisch-ideologischen Grundhaltung.

Demgegenüber sind Bests vor 1945 verfasste Schriften methodisch wesentlich einfacher zu handhaben, sie bilden in manchen Kapiteln einen Stützpfeiler dieser Untersuchung, kann es doch geradezu als kennzeichnend für Bests Persönlichkeit und sein politisches Auftreten gelten, dass er seine politische Praxis mit einer wahren Flut von Aufsätzen, Vorträgen, Denkschriften und Büchern umgab, die die in seinem Handeln angelegte Verbindung von Praxis und Theorie, in den Worten Bests von »Walten und Weltanschauung«, hervorhoben.

Für die Zeit nach 1945 erwiesen sich neben den Unterlagen aus den gegen Best eingeleiteten Ermittlungs- und Strafverfahren vor allem die Akten des Bundesjustizministeriums und der nordrhein-westfälischen FDP als wichtige Quellen, insbesondere für Bests Rolle in der »Amnestiekampagne« und sein Engagement als Berater der Beschuldigten in NS-Verfahren während der 60er Jahre.

Insgesamt kann die Materialgrundlage dieser Studie also als gut bezeichnet werden, wenngleich sie mit der in gut geordneten privaten Nachlässen enthaltenen Überlieferungsdichte nicht konkurrieren kann – aber dies ist für NS-Biographien die Regel, nicht die Ausnahme. So fehlen für die Jahre bis 1945 fast alle privaten Korrespondenzen; und obwohl die täglichen, penibel geführten Kalendernotizen Bests von 1934 bis 1944 zu einem Gutteil erhalten sind, bleibt das Bild des privaten Werner Best doch blass. In diesen Kalendernotizen sind Bests Gesprächspartner jeweils lediglich mit Namen und Titeln aufgeführt, ein Tagebuch oder ähnliche Aufzeichnungen aus der Zeit vor 1945 gibt es nicht. Aber dass dieses Bild blass blieb, ist nicht nur eine Überlieferungsfrage. Auch in den Nachkriegsjahren, in denen wir seine Person zuweilen näher in den Blick bekommen,

wird die Figur nicht farbiger. Erst nach längerer Beschäftigung mit der Persönlichkeit Bests und mit dem Selbstbild seiner Generation wurde mir deutlich, dass diese persönliche Zurückgenommenheit und Farblosigkeit nicht Teil der Frage, sondern der Antwort ist: Unpersönliche Kühle und »Sachlichkeit«, das Bestreben, individuelle Gefühle möglichst zurückzustellen und Anteilnahme nicht zu zeigen, sind als bewusst gepflegte Kennzeichen nicht nur Bests, sondern des führenden SS-Mannes schlechthin anzusehen – was für den eher empfindsam veranlagten Best eine doppelte Anstrengung und Probe seiner Selbstzucht bedeutet haben muss. So ist auf dieser Grundlage die Persönlichkeit Bests psychologisch nicht in seriöser Weise zu entschlüsseln; die vorliegenden Hinweise reichen nicht zu mehr als zu Spekulationen. Das Ziel dieser Arbeit liegt denn auch eher in dem Versuch der politischen Analyse des Werdegangs Bests sowie des Typus, den er verkörpert, als in einer individuellen Charakterstudie.

Die Untersuchung gliedert sich in sieben Kapitel. Nach dem Prolog, der die politischen Verhältnisse in Mainz nach dem Ersten Weltkrieg beschreibt, durch die Best geprägt wurde, reicht das erste Kapitel bis zum Ende des Jahres 1925 und behandelt Bests Lebensweg in dieser Zeit auf dem Hintergrund der Entwicklung der »politischen Generation«, der er sich zugehörig fühlte. Dabei stehen die Erfahrungen, die er als Jugendlicher während des Krieges und mehr noch nach dem Krieg in dem von den Franzosen besetzten Mainz machte, und ihre politische Interpretation und Aufladung in der völkischen Studentenbewegung sowie jene als Aktivist im »Rheinischen Abwehrkampf« im Mittelpunkt. Das zweite Kapitel untersucht die Zeit zwischen 1925 und 1933, in der Best die elitären rechtsradikalen Akademikerzirkel der Weimarer Zeit durchlief und von diesen politisch und ideologisch geprägt wurde, bis zu seiner Hinwendung zur NSDAP und seinem Aufstieg und Fall als Polizeipräsident des nationalsozialistisch gewordenen Hessen. Das dritte Kapitel umfasst die Jahre zwischen 1933 und 1940, als Best zunächst in München, dann in Berlin zum Organisator und Ideologen des nationalsozialistischen Sicherheitsapparates wurde. Dabei werden Aufbau, Struktur und Personalrekrutierung des Apparates, die allmähliche Herauslösung aus der traditionellen Verwaltung, die Ausweitung der Aufgabenbereiche und die weltanschaulichen Motivations- und Legitimationsschriften Bests näher untersucht, bis schließlich durch die Forcierung der antijüdischen Politik seit 1938 und die Massenmorde der Einsatzgruppen in Polen nach Kriegsbeginn die Perspektive und Konsequenz dieser Politik ins Blickfeld kommen. Im vierten Kapitel werden die Jahre 1940 bis 1942 behandelt, als Best als Kriegsverwaltungschef in Paris auf der einen Seite eine zentrale Position im Getriebe der Kollaborationspolitik einnahm, auf der anderen Seite aber versuchte, seine bislang auf die innere Struktur des Nationalsozialismus und die Rolle der Polizei bezogenen theoretischen Schriften auf die außen- bzw. »großraumpolitische« Entwicklung in einem von Deutschland beherrschten Europa auszudehnen und in Auseinandersetzung mit Carl Schmitt zu einer SS-spezifischen »Großraum«-Theorie zu gelangen, die »vernünftiges« Verwaltungshandeln und eine radikale, rassistische Volkstumspolitik zu integrieren versuchte. Im fünften Teil schließlich, in dem Bests Tätigkeit als Reichsbevoll-

mächtiger in Dänemark behandelt wird, stehen die Widersprüche zwischen theoretischen Postulaten und der parallel zum Kriegsverlauf immer widersprüchlicheren politischen Praxis der verschiedenen deutschen Machtgruppen in Dänemark im Zentrum des Interesses. Dabei bezeichneten Bests durchaus erfolgreiche Politik bis zum Sommer 1943, seine Rolle bei der Rettung der dänischen Juden, die Auseinandersetzungen mit der Regimeführung um die Frage der Bekämpfung des dänischen Widerstands, schließlich die Machtkämpfe in der letzten Kriegsphase die Stationen eines sich immer stärker beschleunigenden Prozesses der Desintegration der Politik der deutschen Führung. Im sechsten Kapitel wird Bests Lebensweg von seiner Verhaftung im Mai 1945 bis zu seiner Freilassung 1951 und dann weiter bis zu seinem Rückzug aus der Politik im Sommer 1954 nachgezeichnet, wobei seine Bemühungen um legitimierende und rechtfertigende Interpretation der von ihm durchlebten und mitbeeinflussten Geschichte im Zusammenhang mit einer in diesen Jahren weitgreifenden Renaissance nationalistischer Kräfte in der Bundesrepublik untersucht werden. Im siebten Kapitel werden Bests vielfältige Versuche der Einflussnahme auf die Strafverfahren gegen NS-Täter in Westdeutschland und dann auf die gegen ihn selbst eingeleiteten Verfahren behandelt, die ihn am Ende der 60er Jahre erneut für einige Zeit in Untersuchungshaft brachten.

Die vorliegende Untersuchung folgt also den von Best durchlaufenen biographischen Stationen und beschreibt und analysiert sie jeweils in der auf Best konzentrierten Perspektive. Diese Perspektive und Bests Lebensweg insgesamt dienen daher über weite Strecken der Untersuchung als ein privilegierter Zugangsweg, als eine Sonde, die es ermöglicht, das Funktionieren der Apparate ebenso wie das Handeln und Denken der Protagonisten aus der Nähe zu studieren. So stellen die einzelnen Teile der Arbeit denn zugleich auch eigenständige monographische Untersuchungen über die junge rechte Intelligenz der 20er Jahre, über die nationalsozialistische Sicherheitspolizei, über die deutsche Besatzungspolitik in Frankreich und Dänemark, über die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Westdeutschland nach 1945/49 dar. Ihre spezifische Verknüpfung und historiographische Spannung aber erhalten sie erst durch den Rückbezug auf den lebensgeschichtlichen Werdegang, auf das Handeln und Denken des Protagonisten, der noch bis in seine letzten Lebensmonate hinein unbeirrt und unbelehrt mit der Rechtfertigung seines Lebensweges beschäftigt war und dem, soweit ich dies übersehe, jeder Gedanke an die direkten und indirekten Opfer seines Wirkens zeit seines Lebens fremd geblieben ist.

Ihrem Andenken sei dieses Buch daher zugeeignet.

6. »Völkische Flurbereinigung«

Bild und Selbstbild Bests

Im Juli 1939 wurde Best 36 Jahre alt. Er stand auf dem Höhepunkt seiner Karriere in der Sicherheitspolizei. Als Herr des Apparats war er der Mann hinter Heydrich. Als führender Polizeirechtstheoretiker und in zunehmendem Maße auch als weltanschaulicher Publizist war er bei der SS und innerhalb der eigenen Behörde ebenso respektiert und angesehen wie bei den kooperierenden Ministerien, in der juristischen Wissenschaft und bei der Partei. Er galt als »vorbildlicher Nationalsozialist« – fleißig, energisch, sachlich; mit klarer weltanschaulicher Position und »intaktem Familienleben« (seine Frau brachte im Sommer des Jahres das vierte Kind, Sieglind, zur Welt, im Juni 1942 das fünfte). Best war ein Mann ohne Affären; im Lebensstil zurückhaltend und familienorientiert; sportlich, wenn auch ohne Ambitionen wie etwa Heydrich. Die im Berliner Regierungsviertel häufigen Empfänge und Bälle mied er weder, noch suchte er sie. Eher bewirtete er Gäste im eigenen Hause, Canaris vor allem, auch Stuckart und alte Freunde und Mitkämpfer aus den 20er Jahren sowie seinen Bruder Walter – Theaterdramaturg, SS-Mitglied und Sprachpfleger, der sich vor allem mit der Eindeutschung von Fremdwörtern beschäftigte. Persönlichen, außerdienstlichen Kontakt zu Mitarbeitern der Sicherheitspolizei pflegte Best nur selten, sieht man von den morgendlichen Ausritten mit Heydrich und Canaris im Grunewald einmal ab. Seinen engeren Bekanntenkreis suchte er eher im Kreise etwa gleichaltriger und gleichgesinnter völkisch-intellektueller Nationalsozialisten, die an Universitäten, bei Behörden- oder Parteistellen meist hohe Positionen einnahmen, wie Reinhard Höhn, Wilhelm Stuckart, Gerhard Klopfer (mittlerweile Staatssekretär in der Parteikanzlei) und Günther Joel, seinen Verhandlungspartner im Justizministerium.

Paul Kanstein, Polizeivizepräsident in Berlin und später in Dänemark unter Best Verwaltungschef, war einer der engeren Bekannten der Familie und mit Best auf eine distanzierte Art befreundet. Durch seine Kontakte zu den Männern des 20. Juli in kritischer Haltung gegenüber dem NS-Regime, verfasste Kanstein zwei Jahre nach Kriegsende eine längere Charakterisierung Bests, die um so aufschlussreicher ist, als sie ohne strafprozessuale Nebenabsichten geschrieben wurde, da Best zu diesem Zeitpunkt schon verurteilt und Kanstein bereits entlastet war:

»Dr. Best war überzeugter SS-Führer, der in der Schutz-Staffel für die weite Zukunft die eigentliche Trägerin des nationalsozialistischen Gedankenguts sah und, nach entsprechender Menschauslese, insbesondere ihr die Fähigkeit zutraute, diese Ideen unverfälscht durchzuführen. Er stand den Mißerscheinungen und Übergriffen, die sich in ihr zeigten, keineswegs blind gegenüber, hoffte aber in seiner ideellen Auffassung auf eine Rekonvaleszenz ... Ich habe bei Dr. Best weder in der Zeit seiner Tätigkeit beim RSHA noch später irgendeine Neigung zur Brutalität beobachtet. Vielmehr habe ich im Gegenteil den Eindruck, daß er im Grunde genommen weich veranlagt war, was Anderen, vor allen Dingen Fremden gegenüber zu verbergen er sich allerdings sehr bemühte ... Dr. Best galt bei den Zentraldienststellen in Berlin als der »vernünftige Mann« innerhalb dieses gefürchteten und gefährlichen Sektors der deutschen Polizei ... Dr. Best genoß im

allgemeinen in Berlin, und zwar nicht nur in Parteikreisen, gutes Ansehen. Diese allgemein günstige Meinung über Dr. Best wurde noch dadurch erhöht, als ihm der Ruf eines in fachlichen Dingen ungewöhnlich begabten Mannes vorausging. B. betätigte sich auch schriftstellerisch mit wissenschaftlichen Arbeiten, deren Themata er zumeist seinem Fachgebiet – Polizei – entnahm, oder die auf volkspolitischem oder staatswissenschaftlichem Gebiete lagen. Die in diesen Veröffentlichungen zum Ausdruck gebrachte nationalsozialistische Grundhaltung wurzelt in ehrlicher Überzeugung. Er war Idealist und glaubte an die Lebensfähigkeit und Lebensmöglichkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung. ... Ich weiß aber von Mitarbeitern und Freunden Bests, daß sie seine Arbeiten vom wissenschaftlichen Standpunkt aus anerkannten, ihnen aber sonst nachsagten, daß sie zu theoretisch und wirklichkeitsfremd seien. Best war in vielen Dingen, die nicht seinen Aufgabenkreis unmittelbar berührten, tatsächlich wirklichkeitsfremd, was auf die Dauer jedem Beobachter auffallen mußte, der Gelegenheit hatte, ihn kennenzulernen. In Verbindung damit mangelte es ihm an Menschenkenntnis, zumal an der Fähigkeit, Menschen richtig abzuwägen und einzuschätzen. Er war sehr geneigt, unterstellte Beamte, Mitarbeiter, Verhandlungspartner und dergleichen in erster Linie nach ihrer äußeren Erscheinung, ihren mehr oder weniger gewandten Äußerungen und ihrem rein fachlichen Können zu beurteilen, und hat daher, auch was seinen Mitarbeiterstab angeht, oftmals Enttäuschungen erlebt. Trotz aller Kameradschaft, die ihn auszeichnete, war es im übrigen sowohl seinen Mitarbeitern als auch seinen Kameraden sehr schwer, einen persönlichen, inneren Konnex zu Dr. Best zu bekommen, und eine echte freundschaftliche Verbindung zwischen ihm und seinen Mitarbeitern und Kameraden hat es nie gegeben. Auch im Verhältnis zu seinen engsten Mitarbeitern bestand jeweils ein Abstand, der nicht überschritten werden konnte, zumal Dr. Best bewußt oder unbewußt keinem Menschen einen Einblick in sein Innenleben gestattete. Er neigte ausgesprochen zum Einzelgängertum, und diese Neigung im Verein mit seiner außergewöhnlichen Begabung hat ihm vielfach den Tadel geistigen Hochmuts eingetragen. Entsprechend war er auch nicht frei von einer gewissen Eitelkeit, sowohl hinsichtlich seiner Fähigkeiten als auch hinsichtlich seiner Erfolge, und sich in Wort und Schrift gelobt zu finden, war ihm Befriedigung und Bedürfnis. Es war auch oft sehr schwierig, und im Laufe der Zeit fast unmöglich, ihn von einem einmal eingenommenen Standpunkt oder einer einmal gefaßten Meinung mit Gegenargumenten abzubringen, da er auf Widerspruch sehr empfindlich reagierte, wie er überhaupt sehr zur Empfindlichkeit neigte. Menschen, die ihn gut zu kennen glaubten, neigen dazu, gerade in dieser Eigenschaft und in einem gewissen Hang zur Eifersucht auf die Arbeit und die Erfolge anderer die Anzeichen einer Unsicherheit zu sehen, die er selbst fühlte, aber nach außenhin durch entsprechend herbes Auftreten und unnachgiebige Haltung zu verbergen versuchte. Dr. Best war im übrigen in jeder Weise hilfsbereit, und wo es galt, Not zu lindern oder Ungerechtigkeiten auszugleichen, setzte er sich mit aller Kraft ein. Den ihm unterstellten Beamten und Offizieren gegenüber war er gerade in dieser Hinsicht ein idealer Vorgesetzter. Er war zudem jedem Ansuchen gegenüber gerne gefällig und im Verkehr mit Anderen, insbesondere aber mit Verhandlungspartnern, von einer fast beispiellosen Höflichkeit.«²⁵⁷

Ehrgeizig und talentiert – aber eitel; kühl und bestimmt – im Grunde aber unsicher und überaus empfindlich; intelligent und fleißig – aber von intellektueller Arroganz und ausgesprochen rechthaberisch; ein fürsorglicher Vorgesetzter – aber ohne Menschenkenntnis und in vielem sehr weltfremd: Vieles an dem Bild, das Kanstein hier von Best zeichnete, erinnert an die Kennzeichnung der »Kriegsjugendgeneration«, wie sie von Günther Gründel mit Begriffen wie »Schlichtheit, Ernst, wortkarge Verschlossenheit, Zurückhaltung, ja manchmal schrofte Kälte«, vor allem aber »Sachlichkeit« dargelegt worden war.²⁵⁸ Dass Best in dieser generationellen Maske auftrat, selbst aber weich, »empfindlich« veranlagt und schnell den Tränen nahe war, macht andererseits sein Auftreten in der Öffentlichkeit als angestrenktes Bemühen um »Haltung« und seinen immensen Fleiß als Flucht in die Arbeit erklärlich, denn hier fand er die Sicherheit und »Sachlichkeit«, die das private Leben nicht bot. Selbst im engen familiären Zusammenhang blieb er zurückhaltend und auf Formen bedacht, wenngleich er gewiss kein Tyrann war. Aber ohne Regeln, die das schiere Leben bändigten, kam er nicht zurecht. So war er auch kein musischer Mensch wie Heydrich, er besaß keine Ausstrahlung wie – jedenfalls für die SS-Leute – Himmler; sondern lebte ganz nach dem Bild des asketischen Ideologen und strengen Juristen und achtete darauf, dass sein Tagesablauf dem völlig entsprach. »Korrekt, pünktlich, arbeitsam«, beschrieb ihn sein Chauffeur, der Best stets morgens um sieben abholte, ihn dann erst zum Schwimmen, anschließend zum Reiten fuhr, »und ca. acht Uhr war Dr. Best im Dienst und hat überwiegend bis 22.00 Uhr und länger gearbeitet.«²⁵⁹ Als »fast unnatürlich fleißigen Menschen, der von morgens 7.00 – 8.00 Uhr bis abends 9.00 – 10.00 Uhr unentwegt arbeitete«, beschrieb ihn seine Sekretärin, »ein Jurist, wie er im Buche steht, ziemlich pedantisch und sehr genau.« »Jurist durch und durch«, hieß es bei einer anderen Mitarbeiterin, als sie Best zu charakterisieren versuchte, »so daß man sich wegen seiner Pingeligkeit als Jurist über ihn gelegentlich schon etwas lustig machte. Er hat das wohl auch selbst bemerkt, denn ich erinnere mich, daß er zu irgendeinem Ball im Talar erschien und auf dem Barrett Paragraphen trug.«²⁶⁰

So machte Best insgesamt den Eindruck eines ehrgeizigen und talentierten, aber in vielem doch auch unerwachsen gebliebenen Mannes, der seine als Schwäche empfundene Weichheit durch betonte Härte, seine mangelnden emotionalen und moralischen Bindungen durch den Nachweis seiner weltanschaulichen Versiertheit auszugleichen trachtete. Die große Bedeutung, die er bürokratischen Abläufen und Hierarchien beimaß, sein Vertrauen auf das Funktionieren des Apparates, der – wenn er nur richtig eingestellt war – in der Lage sein würde, durch Klassifikation und Schematisierung jeder Situation Herr zu werden, und auch sein Hang, auf jede aktuelle Herausforderung mit der Deduktion aus einem weltanschaulichen Legitimationsgerüst zu reagieren – all dies zeigt, wie sehr Bests Verhaltensrepertoire auf vorgegebene, stark stilisierte Formen reduziert war, die es ihm ermöglichten, spontanen Entscheidungen auszuweichen und seine persönliche Unsicherheit durch Systematisierung, Formalisierung und Kontrolle auszugleichen. Wo ihm dies nicht gelang, geriet er schnell aus der Fassung.²⁶¹

Da Heydrich seit 1938 infolge der Ereignisse in Österreich und der Tschechoslowakei häufiger von Berlin abwesend, zudem auch durch den Umstrukturierungsprozess des SD zusätzlich belastet war, hatte sich Bests Einfluss in der Gestapo-Zentrale noch vergrößert. Er war täglich bis zu 14 Stunden im »Amt«, kannte als Organisations- und Personalchef alle Einzelheiten des »Dienstes« und beinahe alle Mitarbeiter in der Zentrale und in den regionalen Stapostellen. Er war mit nahezu allen Vorgängen und Planungen des Gestapa bis in die Einzelheiten vertraut und zudem der bevorzugte Ansprechpartner der Ministerien und Zentralbehörden bei der Sicherheitspolizei. Dieser wachsende Einfluss Bests und die große Autorität, die er vor allem bei den leitenden Beamten in der Prinz-Albrecht-Straße genoss, führten nahezu zwangsläufig zu einem gewissen Argwohn Heydrichs und zu Spannungen zwischen beiden, wobei die Frage des Verhältnisses zwischen SD und Sipo wohl mehr Katalysator als Ursache für die zunehmende Verschlechterung der über Jahre hinweg so engen Beziehungen zwischen Heydrich und seinem Stellvertreter war. Diese Spannungen führten schließlich im Frühsommer 1939 zu einem abrupten Bruch – ausgelöst durch einen »spektakulären Aufhängenpunkt«, wie Six später andeutete.²⁶²

Best sei bestrebt gewesen, so schrieb Kanstein über dieses Zerwürfnis, in die leitenden Stellen der Sicherheitspolizei »vorwiegend juristisch vorgebildete Beamte einzustellen und auch die Exekutivbeamten entsprechend vorzubilden und zu schulen und damit die völlig unzureichenden und unbrauchbaren Elemente, die ohne Vorbildung als Partei und SS in die Sicherheitspolizei hereingekommen waren, allmählich abzustoßen. Diese Bestrebungen Dr. Bests mußten ihn natürlich auf die Dauer in Konflikt mit anderen Stellen bringen, nicht zuletzt mit seinem höchsten Vorgesetzten, Heydrich ... Heydrich fürchtete auch Bests fachliches Können und war offensichtlich eifersüchtig auf dessen gutes Verhältnis zu den anderen Dienststellen und seine Beliebtheit bei den Beamten des RSHA. Auch einigen, Best gleichgestellten, Hauptabteilungsleitern im RSHA war der von Best verfolgte Kurs auf die Dauer nicht bequem.«²⁶³ Heydrich hat diese Version später bestätigt, als er sich gegenüber Dalugee allgemein über die weitere Entwicklung der Polizei im »Dritten Reich« äußerte: »Das wesentlichste aber wird sein, endlich die Polizeiverwaltung als solche mit dem Regiment der Juristen umzugestalten ... Ich habe aber – den Weisungen des Reichsführers entsprechend und damit gleichzeitig in hundertprozentiger Verwirklichung meiner eigenen Auffassung – den Juristen in meinem Bereich zurückgedrängt in die Ebene, in die er gehört: nämlich in die Rolle des formalistisch beratenden Justitiars. Bei mir hat der Jurist – auch in den Verhandlungen in den Ministerien – nicht die sog. führende Funktion auf allen Gebieten (auch von denen er nichts versteht), sondern ist tatsächlich lediglich die in der Form von Gesetzgebung, Verordnung und Erlaß beratende und nicht entscheidend führende Hilfe. Das ist letztenendes – wie Du weißt – der innere Grund meiner Trennung von Dr. Best.«²⁶⁴

Die vielfach gestreuten Gerüchte, Best strebe – unterstützt vom Innenministerium und der Abwehr – die Nachfolge Heydrichs an, verbanden sich bald mit Heydrichs Argwohn, die Juristen wollten in der Sicherheitspolizei die Vorherr-

schaft erringen, bis diese Spannungen schließlich in der Frage der personellen und »laufbahnmäßigen« Integration von SD und Gestapo offen auftraten, wobei Misstrauen, Ehrgeiz und Konkurrenzdenken seit Anfang 1939 in zunehmendem Maße auf die Art der Austragung dieser Kontroverse abfärbten.²⁶⁵ Dies ist zu betonen, weil in Teilen der Literatur und – möglicherweise davon beeinflusst – auch in den Zeugenaussagen der ehemals führenden Männer von Sipo und SD der Weggang Bests als »Beseitigung des letzten Hindernisses« für Heydrich und Müller auf ihrem Weg zur Durchführung der Massenvernichtungspolitik dargestellt worden ist.²⁶⁶ Dagegen ist hervorzuheben, dass Best bei den in diesen Monaten anstehenden politisch entscheidenden und wirkungsträchtigen Fragen – den Aktionen der Einsatzgruppen der Polizei in Polen, der Judenpolitik, den »Evakuierungen« aus Westpolen – nicht nur mit Heydrich politisch vollkommen übereinstimmte, sondern bei all diesen Aktionen organisatorisch und ideologisch eine führende Rolle einnahm.²⁶⁷

Die ungenau definierte Rolle des SD hatte sich im Verlaufe des Jahres 1938 zu einer Dauerkrise entwickelt. Einerseits war es nach wie vor nicht gelungen, einen kontinuierlich und systematisch arbeitenden Informationsdienst aufzubauen, und vom ersehnten Ziel, »vielleicht einmal der tatsächlich vorgestellte große Nachrichtendienst (zu) werden, wie der ›Intelligence Service‹«, war der SD noch weit entfernt.²⁶⁸ Zum anderen hatte der Dienstgradangleichungserlass vom 23. Juni 1938 bei der SD-Führung einige Bestürzung ausgelöst. Denn durch die damit einhergehende stärkere Koordinierung von Sipo und SD wurde nicht nur offenbar, dass Teile des SD-Apparats zu effektiver Tätigkeit noch gar nicht vorgestoßen waren, sondern der SD fürchtete auch um seine Selbständigkeit und um seinen Einfluss darauf, wer von den Sipo-Beamten in die SS aufgenommen wurde.²⁶⁹ Zudem war auch die weitere Finanzierung des SD durch die Partei in Frage gestellt – so nahmen Kritik, Befürchtungen und Gerüchte bei den oberen und nachgeordneten Dienststellen des SD beständig zu. Walter Schellenberg, 28 Jahre alt, Leiter des Amtes I.11 und ein aufgehender Stern beim SD, fasste diese Kritik im Frühjahr 1939 so zusammen: »Insbesondere wird immer wieder von einer ungleichen Behandlung bei Einstufungen, Beförderungen usw. gesprochen, andererseits von einer Unsicherheit der Finanzierung des SD bereits im kommenden Haushaltsjahr. Diese Gerüchte gipfeln dann darin, dass von Befürchtungen einer Auflösung des Sicherheitsdienstes bzw. von einem Aufgehen in der Sicherheitspolizei die Rede ist, wobei als notwendige Folge angesehen wird, dass alle Angehörigen des Sicherheitsdienstes ohne eine durch die innere Verwaltung anerkannte Laufbahn, also insbesondere ohne juristische Vollausbildung, ihrer Existenz verlustig gehen werden.«²⁷⁰

Hier lag der entscheidende Punkt. Je stärker die Sicherheitspolizei wurde und je mehr sich Best mit seiner Forderung durchsetzte, die leitenden Positionen in der Sipo ausschließlich mit ausgebildeten Juristen zu besetzen, desto bedrohlicher war dies für die Nichtjuristen im SD, vor allem aber für die Nichtakademiker, die ihre Positionen und Aufstiegsmöglichkeiten in Gefahr sahen. Von hier aus entstand nun also ein erheblicher Druck auf die SD-Führung, den diese gegenüber der Sicherheitspolizei politisch umzusetzen versuchte. Bis dahin hatte Heydrich jedoch Bests Personalpolitik immer unterstützt, und beinahe bei allen Neueinstel-

lungen für den höheren Dienst in der Sicherheitspolizei waren Juristen ausgewählt worden. Nun aber war der SD und damit Heydrichs Hausmacht innerhalb der SS bedroht. Aus dieser Konstellation heraus entwickelte sich seit Ende 1938 bis zum Sommer 1939 eine im Grunde ganz skurrile Auseinandersetzung zwischen Schellenberg, Heydrich und Müller auf der einen, Best auf der anderen Seite – ein Krieg der Denkschriften, bei dem unablässig politische »letzte Ziele« und »weltanschauliche Grundlagen« zitiert wurden, obwohl es doch eigentlich nur darum ging, wie man die Weiterexistenz des maroden SD und die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten seiner leitenden Mitarbeiter würde durchsetzen, legitimieren und finanzieren können.

Zunächst ging Heydrichs Bestreben dahin, den SD zu »verreichlichen«, was bedeuten sollte, ihn auf den Reichshaushalt zu übernehmen. Zugleich sollte seine organisatorische Selbständigkeit gewahrt und eine engere organisatorische Verbindung mit der Sicherheitspolizei unter Führung des SD angestrebt werden. Oberster Grundsatz, so Schellenberg, sei dabei, »daß die SS als Gliederung der Bewegung, ausgerichtet nach ihren besonderen Gesetzen der militärischen Zucht und weltanschaulichen Haltung, den Sektor ›Polizei‹ des Staatsapparats ... in sich aufnimmt.« Tatsächlich aber standen andere Absichten dabei im Vordergrund, nämlich einerseits »die Ausschaltung des Reichsschatzmeisters [der Partei] als Zwischeninstanz zu erreichen und damit eine unmittelbare, von innerparteilich-politischen Konstellationen unabhängige Geldgewährung zu erreichen«, zum anderen aber den SD trotz staatlicher Finanzierung nicht mit Beamtenplanstellen zu bestücken, sondern seine Organisationsstruktur beizubehalten.²⁷¹ Der SD wäre also vom Staat bezahlt worden, ohne sich eine staatliche, behördliche Struktur geben zu müssen. Dieser Plan war jedoch allzu durchsichtig und scheiterte schon am Veto des Reichsschatzmeisters, der die staatlichen Zahlungen an die Partei für den SD nicht missen wollte.²⁷² So blieb nur der Weg der Schaffung eines einheitlichen, staatlichen »Sicherheitskorps«, mithin die Zusammenlegung von Politischer Polizei, Kriminalpolizei und SD zu einer organisatorischen und behördlichen Einheit – und damit das Ausscheiden der SD-Leute aus dem Partei- und ihr Wechsel in den Staatsdienst. Da aber die Führung der Politischen Polizei zumeist aus Juristen, die der Kriminalpolizei aus Kriminalbeamten, die des SD aus SS-Führern mit den unterschiedlichsten Ausbildungsprofilen bestand, hatten Kriminalbeamte und SD-Führer zu befürchten, dass bei der Schaffung einer einheitlichen Behörde die juristische Laufbahn wie in den anderen Verwaltungszweigen auch zur Voraussetzung der Besetzung von Führungspositionen gemacht würde.

»Kritik und Apologie des Juristen«

Genau in diese Kerbe hieb Best, als er im März 1939 einen Entwurf für neue Laufbahnrichtlinien verfertigte, der für alle leitenden Beamten des einheitlichen »Sicherheitskorps« gültig werden sollte. Danach war das Jurastudium inklusive der Assessorenprüfung nun obligatorisch, sollte aber durch einen mehrmonatigen kriminalpolizeilichen Schulungskurs sowie durch die automatische Aufnahme von Anwärtern für den leitenden Dienst in die SS bereits nach dem Abitur und

ihre intensive »SS-mäßige Erziehung« ergänzt werden. Nur so waren nach Best die optimale fachliche Qualifizierung, die politische Zuverlässigkeit und die jederzeitige Einsetzbarkeit des Führernachwuchses gleichermaßen gegeben, und Best machte auch keinen Hehl daraus, gegen wen das gerichtet war: gegen »die Gefahr der Einseitigkeit und des Minderwertigkeitsgefühls einer abseitigen Laufbahn (der die gegenwärtigen ›leitenden Kriminalbeamten‹ verfallen sind), wie auch die Gefahr der Selbstherrlichkeit und Kurzsichtigkeit eines auf sich gestellten Prätorianertums (zu dem hauptberufliche Parteieinrichtungen neigen)«. ²⁷³ Das war nun ein ganz unverhüllter Angriff auf Kripo und SD, der das ausgeprägte Selbstbewusstsein und den Führungsanspruch Bests dokumentierte; und sogleich folgte die entsprechende Reaktion: »Es kann schließlich nicht die Rede davon sein, daß nur Mitarbeiter mit akademischer Bildung ein Existenzrecht im Sicherheitsdienst hätten«, schrieb Schellenberg an Heydrich; »gegen diese Auffassung muß ausdrücklich Front gemacht werden«. ²⁷⁴

Daraufhin verschärfte Best den Streit noch und veröffentlichte im »Deutschen Recht« einen Aufsatz mit dem Titel »Kritik und Apologie des ›Juristen‹«, in dem er den Monopolanspruch der Juristen bei Polizei und Verwaltung ausdrücklich – nun aber eben auch öffentlich – hervorhob und dabei, was angesichts der internen Auseinandersetzungen bei Sipo und SD besonders bemerkenswert war, seine eigene biographische Entwicklung ausführlich beschrieb und als Vorbild und Muster für die Heranziehung des gesamten Führungsnachwuchses des »Sicherheitskorps« herausstellte. Die stilisierte Darstellung seiner Vita (»Ein junger Mensch, für den der Krieg, der Zusammenbruch und die Besetzung seiner Heimat durch fremde Truppen die bestimmenden Erlebnisse seiner Jugend waren ...«) füllt beinahe ein Drittel des Aufsatzes.

Im völkischen Staat, so Bests These, sei der Jurist nicht mehr der »neutrale, seine Persönlichkeit hinter dem Amt verbergende Urteilsfälller«, wie es dem Prinzip der Gewaltenteilung entsprochen habe, sondern der »›Ordner‹ in der Volksordnung, der die Technik der ›zivilen‹ Befehlsgebung und Befehlsausführung beherrscht ... Der Beruf des ›Juristen‹ ist deshalb heute ... der ›politischste‹ Beruf im Rahmen der Volksordnung.« Unter diesem Aspekt sei die vormals durchaus berechtigte Kritik am »Formalismus« der Juristen zurückzuweisen, die zudem »oft nur dem Ärger entspringt, daß nicht von dem geltenden Recht für einen bestimmten gewünschten Zweck eine Ausnahme gemacht wird«. ²⁷⁵ Best sorgte nun noch dafür, dass dieser Aufsatz in gekürzter Form zugleich auch in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« erschien, und damit war die Provokation perfekt.

Dieser Aufsatz und die sich daran anschließende Debatte waren der »spektakuläre Aufhängepunkt« für das Zerwürfnis zwischen Best und Heydrich, von dem Six gesprochen hatte. Die Beanspruchung eines generellen Führungsmonopols für Juristen in der gesamten Verwaltung und insbesondere bei der Politischen Polizei, vor allem aber die Herausstellung Bests eigener biographischer Entwicklung als Vorbild und Paradebeispiel für den »völkischen Juristen« und »Ordner in der Volksordnung« musste nicht nur als Kampfansage gegen die Kriminalbeamten und nichtakademischen SD-Leute wirken, sondern auch als Ausdruck von Bests eigenem Machtanspruch – und damit als Angriff auf Heydrich.

Dahinter stand ein grundsätzlicheres Problem, das in ähnlicher Form bereits im Frühsommer 1933 aufgetaucht war und seinerzeit zum Sturz Bests in Hessen geführt hatte: die Frage nach der Rolle der Parteiformationen in der Führung der Polizei. Einen erheblichen Teil der unteren SD-Chargen hielt Best für schlichtweg ungeeignet, leitende Positionen im nationalsozialistischen »Sicherheitskorps« einzunehmen. Für ihn waren politische Radikalität und Zuverlässigkeit, weltanschauliche Festigkeit und Klarheit sowie akademische Ausbildung und fachliche Professionalität gleichermaßen Voraussetzungen für die Besetzung der Führungsränge der Sicherheitspolizei. Darin war er mit den meisten Spitzenfunktionären in der Prinz-Albrecht-Straße auch einig, zumal ein solches Denken mit den Elitavorstellungen der SS durchaus übereinstimmte. Der »Nicht-Akademiker« Heydrich aber musste in einer solchen Struktur einen Anschlag auf sich und seine Gefolgsleute im SD sehen. Dass Best den Führungsnachwuchs der Sicherheitspolizei nun im Wortsinne nach seinem eigenen Bilde schaffen wollte, war aber in der Tat auch eine ziemlich unverhüllte Herausforderung.

Schellenberg verfasste folgerichtig im Auftrage Heydrichs eine ausführliche und geharnischte Erwiderung, die zunächst ebenfalls zur Veröffentlichung vorgesehen war, dann aber zurückgehalten wurde, weil sie den Streit in der Zentrale von Sipo und SD öffentlich gemacht und den Nimbus der monolithischen, undurchdringlichen Geschlossenheit der »Gestapo« gefährdet hätte. Schellenbergs Entgegnung war gleichwohl unzweideutig – der Vorwurf des »als Lebensfremdheit bezeichneten Fehlens des gesunden Menschenverstandes ...«, gepaart mit äußerer Überheblichkeit und Stolz sowie einer Beschränkung auf Formelles und Gegebenes« bezog sich erkennbar nicht nur auf den Juristenstand, sondern vor allem auf Best selbst. Der Führungsanspruch der Juristen sei überholt; im nationalsozialistischen Staat sei der Jurist »Berater in Formfragen«, nicht mehr. Die Herausbildung des Führungsnachwuchses in der SS sei vom erlernten Beruf der einzelnen Kandidaten ganz unabhängig, denn Regieren und Führerschaft könne man nicht erlernen, schon gar nicht durch das Jurastudium, »sondern man muss dazu geboren sein«.²⁷⁶ »Die Abneigung gegen selbständige Charaktere nimmt zu«, notierte Ulrich von Hassell im September 1938 in sein Tagebuch über die Situation in der Führung der Sicherheitspolizei; »wer nicht kriecht, gilt als hochmütig«.²⁷⁷ Das war auch bei diesem Konflikt von Bedeutung. Aber vor allem waren es die Karrieresorgen und sozialen Existenzängste der SD-Männer und Kripobeamteten, die Heydrich darauf drängen ließen, dass bei der Besetzung von Leitungsstellen in der zukünftigen einheitlichen »Reichs-Sicherheitspolizei« Juristen kein Monopol eingeräumt werde.

Aus der Frage der Dienstgrad- und Besoldungsangleichung von SD und Sipo war nun also eine erbitterte Fehde geworden, bei der die Differenzen sich jedoch nicht auf die politische Zielsetzung, die Methoden oder die Radikalität des Vorgehens der Sicherheitspolizei bezogen, sondern auf ihre Führungsstruktur. Auf Seiten Bests war deutlich das völkisch-jungkonservative Leitbild der »Elite der Geistigen« erkennbar; für Heydrich hingegen war die jederzeitige Benutzbarkeit des Instrumentes Sicherheitspolizei durch die politische Führung des Regimes wichtiger.

In der Sache führten die zugespitzten Auseinandersetzungen zu keinem greifbaren Ergebnis.²⁷⁸ Weder wurde eine einheitliche Laufbahn für Sipo und SD geschaffen, noch kam es zur »Verreichlichung« des SD – gegenüber dem Finanzminister und dem Schatzmeister der Partei konnte sich Heydrich nicht durchsetzen. Um aber die Kooperation zwischen Sipo und SD zu verbessern und wenigstens formal das »einheitliche Staatsschutzkorps« zu schaffen, von dem nun schon so lange die Rede war, wurden zum September 1939 Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst unter dem Dach des neu geschaffenen Titels »Reichssicherheitshauptamt« vereinigt – ein »Kuriosum«, wie Best später nicht zu Unrecht bemerkte, »das eigentlich nur ein einheitlicher Aktenzeichenplan für den internen Geschäftsverkehr der beteiligten Ämter war, während die Ämter verwaltungsrechtlich und haushaltsrechtlich blieben, was sie waren, und deshalb nach außen weiter unter den bisherigen Bezeichnungen auftreten mußten.«²⁷⁹

Seit dem Sommer 1939 gab es nun aber auch Gerüchte über ein mögliches Ausscheiden Bests aus der Sicherheitspolizei; wenngleich daran angesichts der politischen Entwicklung und der bevorstehenden inneren Umorganisation von SD und Sipo noch auf längere Sicht nicht zu denken war, weil niemand in der Lage war, Best zu ersetzen. So blieb Best noch mehr als ein Jahr, bis zum Juli 1940, im RSHA; allerdings veränderte sich die Struktur der Führungsspitze in dieser Zeit. Best wurde – mit erweiterten Kompetenzen – Leiter des Amtes I und war nun auch für Personal und Organisation des SD zuständig. Die Abwehrpolizei allerdings gab er nach einigen Monaten ab; sie wurde dann später von Schellenberg übernommen.²⁸⁰ Mit der Errichtung des SS-Hauptamtes »Haushalt und Bauten« im Juli 1939 wechselte zudem die Zuständigkeit der dienstlichen Aufsicht und der Finanzierung der Konzentrationslager, die Best bis dahin in seinem Amt wahrgenommen hatte, in das neue SS-Hauptamt – angesichts des nahenden Krieges war mit erheblichen Erweiterungen des Konzentrationslager-Systems zu rechnen, so dass dies nicht mehr quasi nebenbei bearbeitet werden konnte.²⁸¹ Best blieb auch Stellvertreter Heydrichs und unter den Amtsleitern »primus inter pares«, aber seine Rivalität zu Heydrich und auch zu Müller war seither unübersehbar.

Die Gründung des Reichssicherheitshauptamtes führte hingegen noch nicht zur Errichtung des einheitlichen »Sicherheitskorps«, von dem Heydrich immer gesprochen hatte. Die Rivalitäten zwischen SD und Sicherheitspolizei, auch zwischen Gestapo-Beamten und Kriminalpolizisten, blieben bestehen und äußerten sich vor allem in dem Bemühen der einzelnen Gruppen, sich in Bezug auf »Pflichtbewusstsein« und Radikalität von den jeweils anderen nicht übertrumpfen zu lassen – eine Rivalität, die sich mit Kriegsbeginn noch verstärkte: Hier lag die politische Brisanz dieses absurd anmutenden Streits um Laufbahn- und Besoldungsrichtlinien. Denn die wirkliche Vereinheitlichung von Sipo und SD vollzog sich nicht in den Büros der Berliner Zentrale, sondern im »Einsatz« – in Österreich, dem Sudetenland und der »Tschechei«; vor allem aber seit September 1939 in Polen.

Die Aufstellung von polizeilichen Sondereinheiten für den Einsatz in den von Deutschland besetzten Gebieten markiert in der Entwicklung des nationalsozialistischen Sicherheitsapparates das Ausgreifen seiner Befugnisse und Aktionen über die deutschen Grenzen hinaus. Dabei weitete sich das Aufgabengebiet des RSHA von der Ausschaltung politischer Gegner in den okkupierten Gebieten zu einem in kurzer Zeit riesige Ausmaße annehmenden Programm der Umsiedlung, Deportation und Ermordung ganzer Bevölkerungsgruppen aus und stellte den Beginn jener »völkischen Flurbereinigung« vor allem in Osteuropa dar, an dessen Ende die organisierte Massenvernichtung der Juden stand. Im Zuge dieser Entwicklung wandelte sich auch Bests Funktion: Vom Praeceptor und Vordenker der Sicherheitspolizei wurde er zum Organisator des Massenmords und zu einem der Planer der »Bevölkerungsverschiebungen« in Polen, von denen in wenigen Monaten Hunderttausende von Menschen betroffen wurden.

Dass sich mit der territorialen Ausdehnung des Reiches auch die Befugnisse der Sicherheitspolizei entsprechend erweitern würden, war innerhalb der Regimeführung unbestritten; beim »Anschluss« Österreichs im Frühjahr 1938 wurde dies zum ersten Mal praktisch umgesetzt.²⁸² Nach der politischen Entscheidung war das in erster Linie ein organisatorisches Problem – und also Aufgabe Bests, der bereits einige Wochen vor dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich in enger Zusammenarbeit mit Canaris mobile Polizeieinheiten aufgestellt hatte, die den einzelnen Truppenteilen zugeordnet wurden und direkt hinter den einmarschierenden Truppen »polizeiliche Sicherungsaufgaben« vorzunehmen hatten.²⁸³ Diese aus Gestapo, Kripo und SD zusammengestellten Einheiten gingen insbesondere gegen politische Gegner der Nationalsozialisten in Österreich vor, über die SD, Abwehropolizei, militärische Abwehr und Partei zuvor entsprechende Unterlagen gesammelt hatten. Fünf Tage nach dem Einmarsch wurden die mobilen Einheiten in feste Behörden der Sicherheitspolizei sowie entsprechende SD-Stellen umgewandelt. Was im »Altreich« fünf Jahre gedauert hatte, wurde nun in Österreich in wenigen Wochen gedrängt nachgeholt – die Ausschaltung zunächst der politischen Gegner, dann die Entrechtung und Austreibung der österreichischen Juden und die Verfolgung der unerwünschten »asozialen Elemente«.

Die Maßnahmen, erst der mobilen, dann der festen Einheiten von Gestapo und SD in Österreich, waren scharf, brutal und von so unübersehbaren Übergriffen und Ausschreitungen begleitet, dass sich Heydrich ein halbes Jahr später, beim Einmarsch in das Sudetenland, genötigt sah, den Polizeikräften bei »Ungesetzlichkeiten wie in Österreich«²⁸⁴ schwere Strafen anzudrohen. Denn in der Perspektive der Regimeführung und der Sicherheitspolizei handelte es sich bei der »Österreich-Aktion« nicht um einen Einsatz im »Ausland«, sondern innerhalb des eigenen Volkes. Insgesamt entsprach das Vorgehen der Polizeieinheiten im wesentlichen dem, was in den Jahren zuvor im Reich vorexerziert worden war; mit dem Ziel, nun auch in »sicherheitspolizeilicher Hinsicht« den »Anschluss« und damit eine Situation wie in Deutschland herzustellen. Etwa mit Beginn des Aufbaus des Konzentrationslagers Mauthausen im August 1938 war dieser Zustand erreicht.

Best war während der »Österreich-Aktion« als einziger aus der Führung der Sicherheitspolizei in Berlin geblieben und hatte von hier aus den Einsatz organisatorisch und technisch geleitet. Unter dem Blickwinkel der weiterhin zu erwartenden Territorialgewinne stellten die Aktionen der Sipo-Einheiten in Österreich eine Art von Probelauf dar, der für Best insgesamt positive Ergebnisse gezeitigt hatte, die bei dem Einmarsch ins Sudetenland entsprechend verwertet wurden.

Seit Juni 1938 wurde der Einsatz von Einheiten der Sicherheitspolizei und des SD in der Tschechoslowakei vorbereitet; infolge der außenpolitischen Entwicklungen wurde er dann aber zunächst auf das Sudetenland begrenzt. Die Federführung lag diesmal jedoch nicht beim Gestapa, sondern im Amt III des SD unter Jost, da es sich ursprünglich um einen Einsatz im »Ausland« hatte handeln sollen. Dafür aber gab es bei der Sicherheitspolizei gar keine organisatorischen Strukturen. Die Absicht des SD lag daher auch darin, mit der Sipo zu einer Art von genereller Arbeitsteilung zu kommen: Die Leitung von gemeinsamen Aktionen innerhalb des Reichsgebietes sollte beim Gestapa liegen, außerhalb des Reichsgebietes generell beim SD. Das aber hätte absehbar für die kommenden Jahre nahezu ein Machtmonopol des SD bedeutet, ganz abgesehen davon, dass der SD personell und organisatorisch mit einer solchen Aufgabe auch heillos überfordert gewesen wäre. So entstand jene gemischte Kommandoführung, die hinfort für die jetzt »Einsatzgruppen« genannten Einheiten aus Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei und SD kennzeichnend war.²⁸⁵

Auch bei der sudetendeutschen Bevölkerung handelte es sich in »völkischer Perspektive« um Angehörige des »deutschen Volkes«, und dies schlug sich in den von Best herausgegebenen »Richtlinien für die Tätigkeit der Einsatzkommandos der Geheimen Staatspolizei in den sudetendeutschen Gebieten« auch nieder, in welchen »strengste Disziplin und anständigste Form« sowie »verständnisvolle Rücksicht und hilfsbereite Kameradschaft ... gegenüber der reichstreuen sudetendeutschen Bevölkerung« befohlen wurden. Verhaftungen waren auf der Grundlage der bereitgestellten Sonderfahndungslisten vorzunehmen, wobei »keinesfalls Unschuldige unnötig schikaniert werden« dürften – wobei in diesen Richtlinien nicht nur die ausgesprochenen Ge- und Verbote aussagekräftig waren, sondern auch etwa die Tatsache, dass das explizite Verbot von Tötungen als offenbar notwendig erachtet wurde: »Mißhandlung und Tötung festgenommener Personen ist strengstens untersagt«.²⁸⁶ Die Zahl der Verhaftungen durch die Einsatzgruppen im Sudetenland mag bei einigen Tausend gelegen haben; Heydrich mahnte jedoch im Dezember ausdrücklich die Überprüfung der Festnahme- und Haftgründe an, da Festnahmen »vielfach ... aufgrund von Beschuldigungen erfolgt« seien, »die sich bei Nachprüfungen als haltlos oder stark übertrieben herausstellten«.²⁸⁷

Neben den Rivalitäten zwischen SD und Sipo, die bei Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes im Sudetenland erneut zutage getreten waren, hatte sich hier aber auch das Verhältnis von Wehrmacht und Polizei als problematisch erwiesen. Zwar hatte Hitler den Vorrang militärischer vor polizeilichen Maßnahmen am 30. September ausdrücklich betont, eine explizite Unterstellung der Polizeieinheiten unter den Oberbefehlshaber des Heeres war jedoch nicht vorgenommen worden, und Himmler, Heydrich und Daluge hatten sogar heftig gegen

die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf das Heer opponiert.²⁸⁸ So wies Heydrich die Einsatzgruppen an, Anordnungen der militärischen Befehlshaber »loyal« zu befolgen. Für die Ausführung »rein politisch-polizeilicher Aufgaben« gebe jedoch allein der Reichsführer SS die Befehle, und die Wehrmachtsführung sei lediglich zu unterrichten.²⁸⁹ Nun gab es hier »von der Sache« her keinen Dissens zwischen Wehrmacht und Polizei – die »Vorbereitungen Heydrichs zur Beseitigung der deutschen Kommunisten im sudetendeutschen Gebiet«, wie Canaris es gegenüber Keitel nannte, wurden lediglich wegen der mangelnden Abstimmung mit der Wehrmacht kritisiert, in der Substanz aber unterstützt?²⁹⁰ Es ging um die Frage der jeweiligen Unter- bzw. Überordnung: Hatte sich die Sicherheitspolizei innerhalb des Reiches als autonomer Machtblock neben der Wehrmacht etabliert, so wollte die Heeresführung ihre unbeschränkte Befehlsgewalt im außerdeutschen Operationsgebiet in jedem Falle gewahrt sehen, ohne andererseits aber die Notwendigkeit von »Säuberungen« in den eroberten bzw. inkorporierten Gebieten durch Sipo und SD in Frage zu stellen. Darin lag der Widerspruch in der Haltung der Wehrmachtsführung, der sich auf längere Sicht als nicht lösbar erwies und das politische und moralische Dilemma der Wehrmacht insgesamt beschrieb.

Bei dem Einsatz der Polizei- und SD-Einheiten in der Tschechoslowakei im März 1939 hingegen war von Beginn an geklärt, dass die Einsatzgruppen an die Anordnungen der Heeresgruppen gebunden waren, und die Aktionen liefen nach dem erprobten Muster ab. Schon seit dem Sommer 1938 hatten Sipo, SD und auch einzelne Parteistellen entsprechende Karteien und Fahndungslisten aufgebaut. Zwei Einsatzgruppen mit insgesamt sieben Einsatzkommandos wurden aufgestellt und begannen am 15. März mit umfangreichen Verhaftungsaktionen in Böhmen und Mähren. Während Heydrich mit den übrigen Amtschefs in Prag weilte, um den Einsatz vor Ort zu leiten, blieb Best wiederum in Berlin, um die Operationen zentral zu koordinieren²⁹¹, bis Anfang Mai die organisatorische Umwandlung der Einsatzgruppen in feste Gestapo-Stellen abgeschlossen war.²⁹²

Aber obwohl diese »Aktion« ganz nach dem in Österreich bereits erprobten Ablaufplan verlief, unterschied sie sich doch in einem entscheidenden Punkt von den bisherigen Einsätzen der Polizei- und SD-Einheiten außerhalb des Reichsgebietes. Denn im Gegensatz zu Österreich und den Sudetengebieten bestand der überwiegende Teil der Bevölkerung des jetzt gebildeten »Protektorats Böhmen und Mähren« nicht aus Deutschen, sondern aus »fremdvölkischen« Tschechen. Dass das »Protektorat« dennoch in das »Großdeutsche Reich« einbezogen und die dort wohnhaften Tschechen zu »Inländern besonderer Art« erklärt wurden, war mit »völkischen« Prinzipien nicht vereinbar, deren Grundlage in der scharfen Scheidung zwischen den einzelnen »Volkstümmern« bestand.²⁹³ Hier lag der Ansatzpunkt für die Widersprüche zwischen »Rassen- und Weltpolitik«²⁹⁴, die in der Folgezeit zu einem Kennzeichen der nationalsozialistischen Eroberungspolitik wurden – und hier setzte auch Bests Kritik an, der jedenfalls nach eigener, allerdings glaubhafter, Darstellung sogleich eine Denkschrift verfasste, in der er sich gegen die Inkorporation der Tschechen als »Reichsbürger« aussprach, weil dies gegen die völkische Lebensauffassung verstoße, und diese Denkschrift Himmler und Heydrich vorlegte – ohne damit aber ersichtliche Reaktionen auszulösen.²⁹⁵

Gegenüber Höhn, behauptete Best später, habe er damals sogar geäußert: »Das ist das Ende. Bisher haben uns die Leute geglaubt, daß der Nationalsozialismus die völkische Idee verkörpert und daß diese völkische Idee Grenzen kennt. Mit dem Einmarsch in Prag aber wird der Nationalsozialismus zum Imperialismus.«²⁹⁶ Dieser Teil der Darstellung ist aber ganz irreführend; denn gegen den »Einmarsch in Prag« war vom »völkischen Standpunkt« aus gar nichts einzuwenden. Die Einbeziehung der Tschechen in den Reichsbürger-Verband war es vielmehr, die die Kritik der ideologischen Puristen hervorrief, weil auf diese Weise das von den völkischen Radikalen seit jeher mit aller Macht bekämpfte »Staatsbürgerprinzip« plötzlich Eingang in die nationalsozialistische Verfassungspraxis zu finden drohte und eine Art von übervölkischem Reichsbürgerstand geschaffen wurde.

Nun waren Überlegungen wie die von Best angesichts der offenbaren außenpolitischen Erfolge des »Führers« von offensichtlich geringerer Relevanz. Andererseits deutete Bests Kritik an, dass es eine spezifisch völkische Theorie in Fragen der Ausgestaltung der deutschen Vorherrschaft in Europa noch gar nicht gab und das Verhältnis von »Lebensraumgewinnung« und Behandlung der nicht-deutschen Bewohner in den zu erobernden Gebieten aus dieser Perspektive noch ganz ungeklärt war – und an diesem Punkt zeigte sich, dass Bests Kritik durchaus einen neuralgischen Punkt der nationalsozialistischen Politik getroffen hatte. Die »völkischen« Grundsätze gegenüber den Tschechen wurden in den von Best herausgegebenen »Richtlinien für das Verhalten der Angehörigen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im tschechischen Gebiet« stark betont: »Wie wir als Nationalsozialisten die Achtung vor unserer Rasse und die Unversehrtheit unseres Blutes verlangen und fordern, haben wir Verständnis für fremde Rasse und fremdes Volkstum aufzubringen. Aus diesen Gründen ist für die Angehörigen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes jeder nicht-dienstliche Verkehr mit der fremdvölkischen Bevölkerung verboten.«²⁹⁷

Die »Aktionen« in Polen

Auch bei der Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes der deutschen Polizeiondereinheiten in Polen waren die Widersprüche zwischen machtpolitischem Pragmatismus und »reiner« völkischer Lehre ein kennzeichnendes Moment. Bereits seit dem Sommer 1936 hatte Best den Schwerpunkt der Tätigkeit der Abwehrpolizei auf die Berichterstattung über den deutsch-polnischen Volkstums-kampf in den Grenzregionen verlegt – mehr als 180 Berichte des Referats III J aus den Jahren 1936 bis 1939 sind erhalten, in denen über die Polen im Reich und über die Auseinandersetzungen zwischen Polen und »Volksdeutschen«, insbesondere in der ehemaligen preußischen Provinz Posen, zum Teil ausführliche Meldungen enthalten sind.²⁹⁸ Spätestens seit Juni 1938 wurden die führenden Vertreter der polnischen Vereine und Verbände in Oberschlesien, vermutlich auch der in der Region Posen, namentlich erfaßt.²⁹⁹ So scharf diese Berichte auch gehalten waren – vor allem, wenn es um Bedrückungen der »volksdeutschen« Minderheit ging –, sie standen doch in der Tradition der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen

in dieser Region, wie sie sich seit den antipolnischen Maßnahmen der preußisch-deutschen Regierung in den 1880er Jahren herausgebildet und seit den Kämpfen zwischen Polen und deutschen Freikorps nach dem Ersten Weltkrieg zugespitzt hatten. Auch in der deutschen Außenpolitik insgesamt und selbst in Hitlers politischen Äußerungen über das Verhältnis zu Polen standen bis zum Sommer 1939 nicht die Aussagen über die »rassische Minderwertigkeit« der Polen im Vordergrund, sondern die – angesichts des deutsch-polnischen Abkommens von 1934 lange Zeit eher maßvoll vertretenen – Gebietsforderungen als Teil der gegen die Versailler Bestimmungen gerichteten Revisionspolitik. Ausschlaggebendes Motiv für Hitlers im April 1939 gefassten Entschluss zur »Ausschaltung Polens« war seine Überzeugung, für den nun fest beschlossenen Westkrieg müsse er die polnische Bedrohung »im Rücken« beseitigen. Erst nachdem aus diesem Grund der Entschluss zum Angriff gefallen war, hat Hitler, wie Hermann Graml formuliert, »dem Überfall auf Polen das Etikett ›Krieg um Lebensraum‹ aufgeklebt«. ³⁰⁰

Bis zum Frühjahr 1939 hatte das Problem der in Deutschland lebenden polnischen Staatsbürger im Zentrum der Aufmerksamkeit Bests und seiner Abwehrpolizei gestanden – nicht zuletzt die nach wie vor schwelende Frage der noch in Deutschland befindlichen polnischen Juden, von denen viele seit der Ausweisungsaktion vom Oktober 1938 bis in den Sommer 1939 in den grenznahen Lagern leben und darauf warten mussten, was mit ihnen geschehen würde. ³⁰¹ Seither aber konzentrierte sich das Interesse stärker auf die Vorgänge in den polnischen Westgebieten selbst. Berichte über »Vorbereitungen zur Enteignung volksdeutschen Grundbesitzes in der polnischen Grenzzone«, über »Ausschreitungen gegen Volksdeutsche«, »Auswüchse der Deutschenhetze in Polen« oder »Grenzverletzungen durch polnisches Militär« ³⁰² zeugten von dem – teils künstlich herbeigeredeteten, teils tatsächlich bestehenden – aggressiven Klima des sich verschärfenden »Volkstumskampfes«; und die ausländerpolizeiliche Erfassung aller Polen im Reichsgebiet sowie die Erstellung von Listen mit den Namen der Angehörigen »deutschfeindlicher Organisationen« in Polen durch das Referat III J entsprachen ganz dieser Linie. ³⁰³

Die erste Besprechung über die Aufstellung der Einsatzgruppen in Polen fand in der Sipo-Zentrale am 5. Juli statt und war schon ganz durch Routine geprägt. Best berichtete über den Stand der Vorbereitungen. Sein Vorschlag, vier Einsatzgruppen zu je 500 Mann zu bilden, wurde akzeptiert. Die »Gesamtvorbereitung« oblag ihm, für die Polizei waren Müller und Meisinger, für den SD Six zuständig. Allerdings waren operative Vorbereitungen noch gar nicht möglich, solange weder ein Einsatzplan der Wehrmacht vorlag noch Entscheidungen über die politischen Ziele eines Krieges gegen Polen gefällt waren. ³⁰⁴ In den folgenden Wochen wurden nun zum einen die Organisations-, Personal- und Aufstellungspläne der Einsatzgruppen erarbeitet und die vorliegenden Unterlagen über die Führer der antideutschen Organisationen sowie anderer missliebiger Personen in Sonderfahndungslisten zusammengestellt. Best rief zudem alle vorgesehenen Leiter der Einsatzgruppen einzeln zu sich und setzte sie über die Vorbereitungen und Pläne ins Bild. ³⁰⁵ In den ersten Augusttagen wurden dann die »Richtlinien« für die Einsatzgruppen in Polen herausgegeben – auch diese entsprachen noch im Wesentlichen den entsprechenden Bestimmungen vom Oktober 1938 und vom

März 1939. Wichtig waren dabei die Verpflichtungen der Einsatzgruppenleiter, ständige Verbindung mit dem Berliner Gestapa zu halten, sowie das explizite Verbot von Misshandlungen oder Tötungen festgenommener Personen und das Kontaktverbot zur nichtdeutschen Bevölkerung. Aber jeder Hinweis darauf, dass sich der »Poleneinsatz« von dem in der Tschechoslowakei unterscheiden würde, fehlte; auch »rassische« Fragen oder die Behandlung der Juden in Polen wurden nicht angesprochen. Als allgemeine Aufgabenstellung war vielmehr »die Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente in Feindesland rückwärts der fechtenden Truppe« festgesetzt worden.³⁰⁶ Was damit gemeint war, hatte Best in Bezug auf »Böhmen und Mähren« im Sommer 1939 per Erlass noch einmal definiert. Danach sei als »Staatsfeind« jeder Bewohner dieses Gebietes anzusehen, der nach der deutschen Machtübernahme gegen Deutschland oder die deutsche Herrschaft tätig geworden sei. Bei Kommunisten und linken Sozialdemokraten gelte dies auch für ihre Tätigkeit vor der deutschen Besetzung, und Juden seien immer als Staatsfeinde anzusehen.³⁰⁷ Insofern waren auch die Richtlinien für den Einsatz in Polen politisch nicht misszuverstehen.

Am 18. August schließlich unterrichteten Himmler, Heydrich, Best und Müller die Einsatzgruppenleiter in einer abschließenden Einsatzbesprechung über die Einzelheiten des geplanten Einsatzes.³⁰⁸ Dass bereits hier am 18. August ein genereller Befehl zur »Liquidierung« der polnischen Intelligenz erteilt wurde, ist zweifelhaft;³⁰⁹ konnten doch die tatsächlichen Ziele des »Polenfeldzuges« insgesamt und damit auch des Einsatzes der Polizeieinheiten erst nach den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen über die Aufteilung Polens festgelegt werden. Gleichwohl herrschte bei Teilen der militärischen Führung schon jetzt eine gewisse »Besorgnis wegen [der] Rolle [der] Totenkopfverbände« bei dem bevorstehenden Einsatz in Polen, wie Canaris formulierte. Um dieses Misstrauen zu zerstreuen, kam es am 29. August noch zu einer Besprechung zwischen dem Generalquartiermeister des Heeres Eduard Wagner, Best und Heydrich. »Beide etwas undurchdringlich, Heydrich besonders unsympathisch«, notierte sich Wagner; in der Sache kam man aber schnell überein.³¹⁰ Zunächst sollten (als »erste Rate«) 10.000, anschließend noch einmal 20.000 Polen verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen werden. Zwar äußerte Generalstabschef Halder gewisse Bedenken gegen diese Vereinbarung, zu einem ernsthaften Disput kam es jedoch nicht. Denn darüber, dass ein »scharfes Vorgehen« gegen »deutschfeindliche Elemente« in Polen notwendig sei, bestand volle Übereinstimmung zwischen Wehrmacht und Sicherheitspolizei.³¹¹

Damit waren die Vorbereitungen abgeschlossen. Fünf »reguläre« Einsatzgruppen unter Streckenbach, Schaefer, Dr. Fischer, Beutel und Damzog mit insgesamt 13 Einsatzkommandos waren aufgestellt. Bis auf Damzog, Meisinger und Rasch waren alle Leiter der Einsatzgruppen und -kommandos zwischen 30 und 35 Jahre alt und mit vier Ausnahmen durchweg Juristen.³¹² Jede Einsatzgruppe und jedes Einsatzkommando bestand aus je einer Einheit Gestapo, Kripo und SD, die ihre spezifischen politisch-polizeilichen, kriminalpolizeilichen und nachrichtendienstlichen Aufgaben hatten und nur bei größeren »Aktionen« gemeinsam handelten. In Berlin war ein Sonderreferat unter der Operationsbezeichnung »Tannenberg« eingerichtet worden, das den Kontakt zu den mobilen Einheiten in Polen auf-

rechtzuerhalten hatte und Best direkt unterstand.³¹³ Da sich Heydrich in den folgenden Wochen vorwiegend im Operationsgebiet aufhalten würde, wurde Best, der die Aktionen wiederum von Berlin aus lenken sollte, zu Heydrichs Vertreter in seiner Eigenschaft als Chef der Sicherheitspolizei und des SD – also nicht wie bisher nur als Chef des Gestapa – ernannt. Die organisatorische Leitung des Einsatzes lag bei ihm, während die politische Führung von Himmler und Heydrich in Polen direkt wahrgenommen wurde, die ihrerseits wiederum in allen entscheidenden Fragen direkte Weisungen Hitlers erhielten.³¹⁴

Bereits in den ersten drei Kriegstagen meldeten die Einsatzgruppen umfangreiche Verhaftungsmaßnahmen – die von der Abwehrpolizei vorbereiteten Sonderfahndungslisten der zu ergreifenden »deutschfeindlichen Polen« enthielten vor allem die Namen der Anhänger des polnischen »Westmarkenvereins«, der »Insurgenten« genannten Teilnehmer an den polnischen Aufständen der frühen 20er Jahre in Oberschlesien, der Kommunisten sowie von Teilen des katholischen Klerus.³¹⁵ Aber erst seit den Ereignissen des »Bromberger Blutsonntags« am 3. September, bei dem in Bromberg und in anderen polnischen Städten hunderte »Volksdeutsche« von Polen umgebracht wurden, erhielt das Vorgehen der Einsatzgruppen in Polen seine dramatische Verschärfung und Radikalisierung.³¹⁶ Noch am gleichen Tag erging ein Befehl Himmlers an die Einsatzgruppen, dass »polnische Aufständische«, die »auf frischer Tat oder mit der Waffe ergriffen« wurden, sofort und ohne Standgericht zu erschießen seien; wobei als »Aufständischer« definiert wurde, wer das Leben deutscher Besatzungsangehöriger oder Volksdeutscher angriff oder lebensnotwendige Einrichtungen gefährdete. Zudem waren die örtlichen polnischen Verwaltungsspitzen unverzüglich als Geiseln festzusetzen.³¹⁷ Am Abend des 3. September gab Himmler von Gleiwitz aus dem »Sonderbefehlshaber der Polizei«, von Woyrsch, den Befehl, mit Hilfe einer neu aufzustellenden »Einsatzgruppe z.b.V.« »die radikale Niederwerfung des aufflammenden Polenaufstandes in den besetzten Teilen Oberschlesiens mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln« durchzuführen, »vor allem Niederkämpfung und Entwaffnung polnischer Banden, Exekutionen, Verhaftungen ... «³¹⁸ Am Dienstag, dem 5. September, fanden daraufhin die ersten Exekutionen statt – etwa 50 Polen wurden im Rathaus in Bromberg von Angehörigen des Einsatzkommandos IV.1 unter Bischoff erschossen; am 7. September wurden die ersten öffentlichen Geiselschießungen gemeldet, denen etwa 400 Menschen zum Opfer fielen.³¹⁹ Beide Maßnahmen gingen auf eine direkte Weisung Hitlers an Himmler zurück, in Bromberg »500 Geiseln festzusetzen und zu schärfsten Maßregeln (standrechtliche Erschießung) zu schreiten, bis Befriedung erreicht ist«.³²⁰

»Völkische Flurbereinigung«

Die in diesen Tagen gefällten politischen Entscheidungen waren aber weitreichender. Aus dem ursprünglich angestrebten Ziel, die politische und intellektuelle Führungsschicht Polens als vermutetes Zentrum des erwarteten polnischen Widerstandskampfs auszuschalten, war ein umfassendes, »völkisch« bzw. »rassisch« motiviertes Programm der Vertreibung der Bevölkerung und der Ger-

manisierung des Landes geworden. Vermutlich noch am gleichen 7. September hatte Hitler gegenüber von Brauchitsch erstmals von der Notwendigkeit einer »völkischen Flurbereinigung« in Polen gesprochen.³²¹ Was das bedeutete, teilte Heydrich noch am gleichen Tag seinem Stellvertreter Best und den anderen im Berliner Gestapa versammelten Amtsleitern mit: »Die führende Bevölkerungsschicht in Polen soll so gut wie möglich unschädlich gemacht werden. Die restliche verbleibende niedrige Bevölkerung wird keine besonderen Schulen erhalten, sondern in irgendeiner Form heruntergedrückt werden. Das Hinausschieben polnischer Juden aus Deutschland soll durchgeführt werden, auch der Juden, die aus Polen zugewandert sind und inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Die Überführung der Häftlinge macht Schwierigkeiten. Es wird entschieden, daß die Führerschicht, die auf keinen Fall in Polen bleiben darf, in deutsche KZ's kommt, während für die Unteren provisorische KZ's hinter den Einsatzgruppen an der Grenze angelegt werden.«³²²

Nun ist dies die verharmlosende Sprache schriftlicher Protokolle. Wie Canaris, der davon Kenntnis erhielt, tags darauf berichtete, hatte Heydrich auf dieser Sitzung kritisiert, die gegenwärtige Zahl von 200 Exekutionen täglich sei unzureichend. »Die kleinen Leute wollen wir schonen, der Adel, die Popen und Juden müssen aber umgebracht werden.«³²³ Gegenüber Keitel wies Canaris zudem darauf hin, »daß umfangreiche Füsilierungen in Polen geplant seien und daß insbesondere der Adel und die Geistlichkeit ausgerottet werden« sollten. Keitel war aber bereits informiert und beschied dem Abwehrchef, »daß diese Sache vom Führer bereits entschieden sei, der dem Oberbefehlshaber des Heeres klar gemacht habe, daß, wenn die Wehrmacht hiermit nichts zu tun haben wolle, sie es auch hinnehmen müsse, daß SS und Gestapo neben ihr in Erscheinung träten. Es werde daher in jedem Militärbezirk neben dem Militär- auch ein Zivilbefehlshaber eingesetzt werden. Letzteren würde eben die »volkstümliche« Ausrottung zufallen.«³²⁴

Aus diesen verschiedenen Hinweisen lässt sich also mit einiger Bestimmtheit schließen, dass in den Tagen nach den Bromberger Vorfällen in der Regimespitze eine grundsätzliche Entscheidung über die deutsche Polenpolitik der nächsten Zeit gefallen war, die unter dem hinfort so oft gebrauchten Schlagwort der »völkischen Flurbereinigung« zusammengefasst wurde und den beteiligten deutschen Stellen nun sukzessive und nur, soweit sie damit direkt befasst waren, zur Kenntnis gebracht wurde. Ziele dieser Politik waren die Zerschlagung Polens als selbständiger Staat, die Angliederung der westpolnischen Gebiete an das »Reich«, die Vertreibung aller Juden und womöglich auch aller Polen aus dieser Region nach Osten, die Errichtung eines deutsch dominierten polnischen Ansiedlungsraumes in Zentralpolen und womöglich eines »Abschiebungsraumes« in den ostpolnischen Regionen. Um diese Ziele zu erreichen, sollte zunächst der – auch potentielle – polnische Widerstand »ausgeschaltet« werden, was die Liquidierung nicht nur der aktiven Widerstandskämpfer, sondern der gesamten politischen und intellektuellen Führungsschicht bedeutete. Dies wurde auch als Voraussetzung dafür angesehen, dass danach Polen und Juden aus dem zu annektierenden Westpolen nach Osten deportiert und dort in einer noch nicht näher bestimmten Weise angesiedelt werden konnten.

Als Träger dieser Maßnahmen auf deutscher Seite waren SS, Polizei und SD bestimmt worden, zunächst also vorwiegend die bereits in Polen befindlichen Einsatzgruppen – damit aber war der Einfluss des Himmlerschen Imperiums wenige Tage nach Kriegsbeginn um ein vielfaches vergrößert worden. Außer für »Gegnerbekämpfung« und »rassische Generalprävention« innerhalb des Reichsgebietes sowie für die forcierte Auswanderung der Juden aus Deutschland waren Himmler in seiner neuen Eigenschaft als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« und das im September neu konstituierte Reichssicherheitshauptamt nun für die »völkische Neuordnung« eines ganzen Landes, die Ermordung seiner Führungsschichten sowie Um- und Aussiedlungen in bis dahin nie gekannten Ausmaßen verantwortlich. Die offenbar nur die grobe Richtung bestimmende Entscheidung Hitlers musste zudem in den folgenden Tagen präzisiert und operationalisiert werden. Aber da die Polizeieinheiten in Polen auf eine Aufgabenstellung dieser Größenordnung gar nicht vorbereitet waren, wurden diese offenkundigen Defizite durch um so stärkere Bekundungen der Entschlossenheit und Härte ausgeglichen, zumal aus der Berliner Zentrale und aus Himmlers mobiler Kommandozentrale in Polen stetige Aufforderungen zu härterem Durchgreifen erfolgten.

Best war in diesen ersten Wochen und Monaten des »Polenfeldzuges« offenbar nahezu ununterbrochen im »Amt«. Er war mit der Aufstellung und Führung der Einsatzgruppen beschäftigt, mit der Vorbereitung der stationären Stapostellen, dem organisatorischen Zusammenschluss von Sipo und SD im RSHA und nun, seit Mitte September, auch mit der Vorbereitung einer gigantischen Deportations- und Umsiedlungsaktion. Während Heydrich etwa wöchentlich aus Polen nach Berlin kam und hier über seine Eindrücke und Erfahrungen berichtete, die politischen Entscheidungen Hitlers und Himmlers mitteilte und die sich daraus ergebenden Befehle und Anordnungen für das RSHA erteilte, die nahezu täglich weitreichender und großflächiger wurden, sorgte Best dafür, dass dieser mittlerweile riesenhafte Apparat auf Hochtouren und ohne Reibungen funktionierte.³²⁵ Er dirigierte die Einsatzgruppen auf ihren Marschwegen durch Polen, hielt Kontakt mit den Reichsbehörden und Parteistellen in Berlin, sorgte für die entsprechende politische Unterstützung und lenkte zudem die mit Kriegsbeginn erneut verschärften polizeilichen Maßnahmen innerhalb des Reichsgebietes.

Die größten Probleme entstanden erneut zwischen RSHA und Wehrmachtsführung. Denn da die Armeekommandeure von den Befehlen zur systematischen Ermordung der polnischen Führungsschichten nicht unterrichtet waren, kam es zu heftigen Kontroversen zwischen Armee und Polizeiführung. Noch am 12. September hatte Best die Einsatzgruppe VI sowie das selbständige Einsatzkommando 16 aufgestellt – reine Exekutionskommandos, deren Aufgabe nur darin bestand, Heydrichs Forderung nach Erhöhung der täglichen Exekutionszahlen nachzukommen.³²⁶ Als am gleichen Tag die Einsatzgruppe Schaefer 180 Polen, die ihr von der Heeresgruppe Süd übergeben worden waren, sofort zur Erschießung führte, war dies der Anlass zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Wehrmachts- und Polizeieinheiten. Auf Vorhaltungen berief sich Schaefer auf einen Befehl Himmlers, »alle Mitglieder der polnischen Insurgentenverbände zu erschießen«. Der vom Armeekommando sogleich eingeschaltete Best hingegen teilte

aus Berlin mit, ein solcher genereller Befehl sei ihm nicht bekannt, »es seien lediglich scharfe Verfügungen im Sinne des Führers erlassen worden, gegen Insurgenten vorzugehen«; schickte dann aber zwei Polizeioffiziere, die die Armeeführung davon in Kenntnis setzten, »daß der Befehl, alle polnischen Insurgenten sofort zu erschießen (ohne Standrecht), unmittelbar aus dem Führerzug an die Einsatzkommandos« gegangen sei.³²⁷

Damit war die unbeschränkte Befehlsgewalt der Armeeführung hinsichtlich der vollziehenden Gewalt in Polen in Frage gestellt; von Brauchitsch ließ daher umgehend darauf hinweisen, dass Anweisungen jeder Dienststelle im Operationsgebiet unwirksam seien, wenn der Oberbefehlshaber ihnen nicht zugestimmt hätte.³²⁸ Noch am gleichen Tag wurde deshalb ein Gespräch zwischen Wagner und Heydrich anberaumt, bei dem Wagner forderte, das Heer müsse von allen Befehlen an die Einsatzgruppen unterrichtet werden. Daraufhin informierte Heydrich nun auch Wagner über die Entscheidungen der Regimeführung zur Polenpolitik, die Keitel schon kannte, in groben Zügen – dass in Polen eine »völkische Flurbereinigung« gegen »Judentum, Intelligenz, Geistlichkeit und Adel« durchgeführt werde und die Maßnahmen der Einsatzgruppen in diesem Zusammenhang befohlen worden seien. Wagner bestand zwar darauf, dass damit erst nach Errichtung einer stabilen deutschen Zivilverwaltung in den besetzten polnischen Gebieten begonnen würde und dass die Einsatzgruppenleiter den Armeeoberkommandos unterstehen müssten, gestand aber zu, dass sie ihre »unmittelbaren Weisungen vom Chef der Sicherheitspolizei erhalten«, wie Heydrich den Amtschefs des RSHA tags darauf mitteilte – ein »sehr günstiges Ergebnis« für Polizei und SS, so betonte er.³²⁹ Einen Tag später wurde diese Vereinbarung durch Hitler und von Brauchitsch bestätigt, wobei der General wohl auch in Einzelheiten der geplanten Maßnahmen in Polen eingeweiht wurde; und schließlich wurden auch die Kommandeure informiert: Die Einsatzgruppen hätten »im Auftrage und nach Weisung des Führers gewisse volkspolitische Aufgaben im besetzten Gebiet durchzuführen. Die Ausführung dieser Aufträge im einzelnen soll den Kommandeuren der Polizeieinsatzgruppen überlassen bleiben und liegt außerhalb der Verantwortlichkeit der Oberbefehlshaber.«³³⁰

Mit dieser Vereinbarung war die weitgehende Unabhängigkeit der Polizeieinheiten gegenüber der Wehrmachtsführung auch im Operationsgebiet festgeschrieben. Aus der einstigen Befehlsgewalt der Heeresführung gegenüber den Einsatzgruppen war eine schlichte Informationspflicht der Polizei geworden. Zwar gab es weiterhin Beschwerden verschiedener Kommandeure und zum Teil heftige Konflikte zwischen Wehrmachts- und Polizeieinheiten; am 3. Oktober etwa sprach Heydrich mit den Amtschefs über »das alte Problem SD – Polizei und Wehrmacht«, das »in seiner ganzen Schwere wieder aufgetaucht ist«.³³¹ Politisch aber war diese Kraftprobe zugunsten der Polizei entschieden – ein im Hinblick auf die weitere Entwicklung in Polen und darüber hinaus überaus verhängnisvolles Resultat. Die Einsatzgruppen wurden nun durch keinerlei Gegengewicht oder Kontrolle von Seiten der Wehrmacht oder anderer Stellen mehr eingedämmt, ihre Mordzüge durch Polen immer exzessiver. »Die Polizei hat bisher noch keine sichtbaren Aufgaben der Ordnung geleistet«, schrieb der Oberbefehlshaber der in Polen stationierten Truppen, Blaskowitz, Ende November an von Brauchitsch,

»sondern nur Schrecken in der Bevölkerung verbreitet.« Die Polizeiführung habe so »ihre Leute zwangsläufig dem Bluttausch ausgeliefert.« Bis zum Frühjahr 1940 ermordeten die Einsatzgruppen, die Vertreter der ihnen nachfolgenden stationären Polizeibehörden sowie die Angehörigen des »Volksdeutschen Selbstschutzes« in Polen mehr als 11.000 Menschen.³³²

Wie verhielt sich nun Best selbst zu diesem Programm des Massenmords, dessen Organisator er geworden war? Darüber gibt der Fall des Leiters des Einsatzkommandos 1.3, Dr. Hasselberg, näheren Aufschluss. Seit Mitte September nahm die Zahl der Berichte über Grausamkeiten und Ausschreitungen der Einsatzgruppen und -kommandos in Polen ständig zu. Zahlreiche Meldungen nicht allein aus Wehrmachtskreisen, sondern auch aus den eigenen Reihen trafen bei Best in der RSHA-Zentrale in Berlin ein. Einer der Angehörigen des Einsatzkommandos 1.3, der Gestapo-Beamte Georg Wüst, erstattete im Oktober 1939 einen solchen Bericht an Best über seinen Kommandoführer Hasselberg, der zu eigenmächtigen Brutalitäten neige. So sei er mit seinen Leuten in das bischöfliche Palais in Lublin eingedrungen und ließ dort »den Bischof sowie 8 – 12 Geistliche, die gerade beim Essen waren, von der Mittagstafel weg festnehmen. Da in dem Palais weder Waffen noch sonstiges staatsfeindliche Material vorhanden gewesen war, das eine Festnahme hätte rechtfertigen können, hat Dr. Hasselberg ... polnische Militärwaffen in den Palais schmuggeln lassen. Diese Waffen wurden selbstverständlich bei einer Durchsuchung, die am nächsten Tag stattfand, gefunden. Dr. Hasselberg berief daraufhin ein Standgericht ein, durch das die katholischen Geistlichen zum Tode verurteilt wurden.«³³³

Best interessierte sich sehr für diesen Bericht, ließ Wüst aber alle Fälle, in denen es um Juden oder um die polnische Führungsschicht ging, streichen; so auch den der Lubliner Geistlichen, da es hierzu Befehle gebe und Hasselberg insoweit nichts vorzuwerfen sei. Diejenigen Fälle aber, bei denen Hasselberg individuelle und nicht durch Befehle abgesicherte Grausamkeiten begangen hatte, nahm Best zur Grundlage, um Hasselberg seines Postens zu entheben.

Nicht die Massenerschießungen in den besetzten Gebieten Polens forderten Bests Kritik heraus – die hieß er vielmehr gut, weil sie nach seiner Überzeugung im Rahmen des Kampfes zwischen Deutschen und Polen nicht nach übergeordneten, völkerrechtlichen Prinzipien politisch oder gar moralisch zu bewerten waren, sondern ihre Berechtigung in sich selbst trugen. Individuelle »Auswüchse« einzelner Kommandoführer hingegen waren strikt zu verfolgen. Denn zum einen hatte Best das führende Personal der Einsatzgruppen nicht nur selbst ausgesucht, sondern zu einem großen Teil auch selbst zur Sicherheitspolizei geholt und hier ausgebildet, so dass er Effizienz und »Haltung« der jungen Kommandoführer im »Einsatz« um so eingehender überprüfte. Zum anderen erwies sich in seinen Augen die politische und geistige Elite gerade darin, dass sie in der Lage war, Maßnahmen wie die Massenerschießungen in Polen als politisch notwendige und richtige Maßnahme zu verstehen und durchzuführen – einerseits ohne Skrupel und Rücksichtnahme, andererseits ohne persönliche, emotionale Beteiligung zu zeigen: Der weltanschauliche Kämpfer als Vollstrecker des Willens seines Volkes, für den jenseits des Volkswillens kein »absolutes Recht« existierte, der aber auch

keinerlei persönliche Feindschaft gegenüber dem Gegner hegte, selbst wenn er ihn tötete – das war das hier anzustrebende Ideal. »Wir können auch den achten, den wir bekämpfen, vielleicht vernichten müssen«, hatte Best einst formuliert; zugleich gelte es, »in den tragischen Entscheidungen seine schicksalhafte Würde gegen den Hass und die Gemeinheit zu wahren, mit der die kleinen Seelen unverstandene Schicksalsschläge zu begreifen und abzuwehren suchen.«³³⁴ Wer aber, wie Hasselberg, Brutalitäten auf eigene Rechnung beging, hatte sich dieser Herausforderung nicht gewachsen gezeigt und war als völkischer Kämpfer, gar als Führer nicht geeignet. Diese Maximen erhielten seit dem September 1939 eine unerhörte Aktualität. Sie bezeichneten eine Art von legitimatorischer Selbststilisierung der Führer der Einsatzkommandos, die in den Kategorien von Härte und »Sachlichkeit« sozialisiert worden waren und nun vor ihrer »Bewährungsprobe« standen.

Das bedeutete nun nicht, dass alle oder auch nur die Mehrzahl der Einsatzgruppenführer sich um so elaborierte ideologische Feinheiten, wie Best sie in seinen Schriften propagierte, scherten, wenn sie mit ihren Einheiten mordend durch Polen zogen. Aber der Rückbezug ihres Handelns auf ein postuliertes weltanschauliches Prinzip sicherte sie zum einen politisch gegenüber intervenierenden Stellen ab, diente aber zum anderen auch der Rechtfertigung gegenüber sich selbst und den eigenen Einheiten, indem das eigene Tun als notwendiges Mittel zu einem höheren Ziel erklärt wurde, dessen Berechtigung nicht mehr Gegenstand der Reflexion war, sondern vorausgesetzt wurde.

Das Kalkül des Sachzwangs

Mit der Entscheidung Hitlers, in Polen eine »völkische Flurbereinigung« durchzuführen, waren außer der Ermordung der polnischen Führungsschicht die Vertreibung der in Westpolen lebenden Polen und Juden und die Germanisierung dieses Gebietes gemeint, ohne dass dazu aber bereits konkretere Vorstellungen entwickelt worden wären. Insbesondere die Frage der in Polen lebenden Juden war ganz ungeklärt. Weder die Regimeführung noch das RSHA waren darauf vorbereitet, und offenbar waren ihre Kenntnisse über die polnischen Juden vor Kriegsbeginn ebenso spärlich wie unvollständig gewesen.³³⁵ Um so nachhaltiger wirkten die Eindrücke, die Hitler, Himmler und Heydrich selbst im besetzten Polen sammelten, denn allein in Warschau lebten etwa 400.000 Juden – ebenso viele wie im gesamten Reichsgebiet. Am 14. September schilderte Heydrich den Amtschefs »ausführlich seine Rundreise an der Front und seine Eindrücke, die er bei den EK's an den verschiedenen Stellen gesammelt« hatte, wie im Protokoll vermerkt wurde. »Der Chef ging ein auf das Judenproblem in Polen und legte seine Ansichten hierüber dar. Dem Führer werden vom Reichsführer Vorschläge unterbreitet, die nur der Führer entscheiden könne, da sie auch von erheblicher außenpolitischer Tragweite sein werden.«³³⁶

Eine Woche später waren diese Entscheidungen bereits gefallen, Heydrich trug den versammelten RSHA-Amtschefs und Einsatzgruppenleitern – auch Eichmann, der für die geplanten Umsiedlungen der Juden und Polen zuständige

Referent, war anwesend – die Ergebnisse im Einzelnen vor. Die polnischen Westgebiete, so Heydrich, würden ins Reich inkorporiert und germanisiert. Binnen Jahresfrist seien daher alle Juden aus den polnischen Westgebieten sowie die polnischen Juden, die im Reichsgebiet lebten, in den nach Osten verschobenen polnischen Reststaat umzusiedeln, wo sie in städtischen Gettos konzentriert werden sollten. Was die Polen betraf, so sollten die restlichen »höchstens noch 3 %« der polnischen Führungsschichten ebenfalls »unschädlich« gemacht werden; darüber hinaus sei auch die »Mittelschicht« der Polen in den Westgebieten zu verhaften und in den Restraum abzuschieben. Die polnische Arbeiterschicht hingegen sei zur Wander- und Saisonarbeit heranzuziehen und allmählich aus den Westgebieten nach Osten abzuschieben.³³⁷

Im Kern war das, was Heydrich am 21. September vortrug, zunächst nichts anderes als ein gigantisches Vertreibungsprogramm, wobei in der Sitzung im RSHA offenbar eine längere Diskussion vor allem über die gegenüber den Juden geplanten Maßnahmen stattgefunden haben muss, denn noch am gleichen Tag wurde ein ausführlicher Erlass an die Einsatzgruppenchefs dazu nachgeschoben, in dem das Ergebnis dieser Besprechung fixiert wurde.³³⁸ Darin wurde zwischen »dem Endziel (welches längere Fristen beansprucht) und den Abschnitten der Erfüllung dieses Endziels« unterschieden. Vorerst sollten die Juden aus den ehemaligen polnischen Westgebieten möglichst sofort vertrieben und im »polnischen Reststaat« in wenigen, verkehrsgünstig gelegenen Städten in Gettos konzentriert werden, bis die streng geheim zu haltenden »geplanten Gesamtmaßnahmen (also das Endziel)« in Gang gebracht werden konnten – womit die Schaffung eines »Judenreservats« in der Gegend um Lublin gemeint war; dazu begannen Eichmann und Stahlecker in den darauffolgenden Wochen mit ersten Vorbereitungen.³³⁹ Zwar erwies sich das Projekt »Lublin« bald als undurchführbar, ebenso wie das anschließend ins Auge gefasste Projekt »Madagaskar« – die Existenz solcher als »Endziel« oder »Gesamtmaßnahme« titulierter Projekte war aber deshalb von so ausschlaggebender Bedeutung, weil dadurch der gesamte Vertreibungs-, Abschiebungs- und Gettoisierungsprozess, der nun einsetzte, unter dem Vorzeichen und der Fiktion der Vorläufigkeit³⁴⁰ stand und daher Vorbereitungen für einen längeren Aufenthalt der Juden in den nun einzurichtenden Gettos im bald »Generalgouvernement« geheißenen polnischen Reststaat oder im östlichen Grenzgebiet der dem Reich inkorporierten Gebiete (dem »Wartheland«) nicht getroffen wurden, so dass die Einsatzgruppen und dann die sich etablierenden stationären Behörden der Sicherheitspolizei und des SD mit den Vertreibungen begannen, obwohl weder für Unterkünfte noch für Versorgung in den Aufnahmegebieten gesorgt war.³⁴¹

In längerfristiger Perspektive erweist sich daher das in der Konferenz im RSHA am 21. September entwickelte Aktionsprogramm zur Durchführung der zuvor von Hitler auf Vorschlag von Himmler gefällten Entscheidungen über die Aussiedlung von Polen und Juden aus den polnischen Westgebieten als außerordentlich folgenschwer. Denn durch den Entschluss, mit den Deportationen und der »vorläufigen« Gettoisierung der Juden zu beginnen, ohne dass die Vorbereitungen zur Schaffung eines »Judenreservats« auch nur begonnen hatten, wurde eine Dynamik der Sachzwänge in Gang gesetzt, infolge derer nun die deutschen Be-

satzungsbehörden ihren Ehrgeiz darin setzten, möglichst schnell möglichst viele Juden und Polen aus den neuen deutschen Ostgebieten auszusiedeln und die Juden im Generalgouvernement in Gettos zu konzentrieren. Der hierbei ohnehin bestehende, selbstgesetzte Zeitdruck wurde noch verstärkt durch die zur gleichen Zeit einsetzende »Umsiedlung« der »Volksdeutschen« aus den Baltenländern und der Sowjetunion, die nun in Lagern und Zwischenaufhalten darauf warteten, in die Häuser, Wohnungen und Bauernhöfe der noch zu vertreibenden Polen und Juden einziehen zu können. Auf der anderen Seite waren die im Laufe des Oktober und November 1939 installierten deutschen Behörden im Generalgouvernement auf den Zustrom der Ausgesiedelten und die Konzentrierung der Juden in städtischen Gettos nicht nur nicht vorbereitet. Vielmehr ging ihr Interesse bei der Einrichtung der Judengettos in Lagern und abgetrennten Stadtbezirken auch dahin, dass die Verhältnisse dort offensichtlich »unhaltbar« waren und so unübersehbar auf den ursprünglich vorgesehenen »Zwischenaufhalt« verwiesen, um nicht auf Dauer damit »belastet« zu werden.³⁴²

Mit den in der Folgezeit noch differenzierten und ausgearbeiteten Entscheidungen des 21. September wurde jene Entwicklung eingeleitet, die zum Mangel an Lebensmitteln, Unterkünften, Arbeitsstellen, medizinischer und hygienischer Versorgung für Hunderttausende von Juden in den Gettos und somit bald zu hohen Todesraten führte; woraufhin die deutschen Behörden und insbesondere Polizei und SD nun unter Hinweis auf Seuchen, Schleichhandel und Kriminalität in den Gettos immer »schärfere Maßnahmen« gegen die Juden in Gang setzten. Dass es in dem Moment, in dem deutlich werden würde, dass es eine »territoriale Endlösung« nicht gab, zu einer Katastrophe kommen musste, war aber schon früh absehbar – vor allem für die Amtsleiter des gigantischen Apparates des RSHA, der sich in Bezug auf Organisationsfähigkeit von niemandem übertreffen ließ. Der Beschluss, Hunderttausende von Menschen umzusiedeln, zu deportieren, zu »gettoisieren«, ohne für ihre Unterbringung oder Verpflegung irgendwelche größeren Vorbereitungen zu treffen, stellt sich somit nicht allein als organisatorisch nur mangelhaft vorbereitete Entscheidung heraus, die dann zu chaotischen Verhältnissen und in Reaktion darauf zu immer radikaleren Vorschlägen der Behörden führte. Vielmehr war die Schaffung von »unhaltbaren« Verhältnissen, von ausweglosen Sachzwängen, auf die dann die Sicherheitskräfte mit entsprechend »scharfen Maßnahmen« würden reagieren müssen, womöglich nicht nur das Ergebnis, sondern auch ein Kalkül dieser Politik.

Bests Einfluss auf die Ausgestaltung der neuen Ordnung in den beiden Gebieten des ehemaligen Polens war nach wie vor erheblich. Nach Beendigung der operativen Phase der Einsatzgruppen musste er zunächst schnell eine funktionsfähige Struktur von Sipo und SD im »Warthegau« und im »Generalgouvernement« aufbauen, damit die Umsiedlungs- und Vertreibungsmaßnahmen sowie die Gettoisierung der Juden begonnen werden konnten, sobald die Militärverwaltung beendet und die zivilen Verwaltungen eingesetzt wurden.³⁴³ Auch der Aufbau der zivilen Besatzungsbehörden im Generalgouvernement selbst wurde unter starker Berücksichtigung von »sicherheitspolizeilichen« Gesichtspunkten vorgenommen und entsprechend stark von Best beeinflusst.³⁴⁴ Zudem übertrug Himmler dem

RSHA auch die Federführung bei der Umsiedlung von Deutschen aus dem Baltikum ins »Wartheland«, was eine entsprechende Organisationsstruktur voraussetzte, die Best seit November des Jahres zu schaffen begann.³⁴⁵ Darüber hinaus veröffentlichte er in verschiedenen Fachorganen die juristischen Kommentare zum bisherigen Verwaltungsaufbau Polens und zur »neuen Gliederung und Verwaltung des ehemaligen polnischen Staatsgebietes« und gab dazu ein umfangliches Handbuch für die deutschen Besatzungsbehörden heraus.³⁴⁶

Aber etwa seit der Jahreswende wurde doch auch deutlich, dass Bests Tätigkeit mittlerweile zunehmend auf organisatorische und verwaltungstechnische Aufgaben beschränkt war. Seine überragenden Fähigkeiten als Organisator und Verwaltungsjurist waren im RSHA unentbehrlich, solange der Behördenaufbau im Generalgouvernement noch nicht abgeschlossen war. Der Einfluss aber, den er bis dahin auf die Politik des RSHA hatte nehmen können und der sich darin äußerte, dass Best in den Jahren 1938 und 1939 zur bestimmenden Persönlichkeit der Sicherheitspolizei eher neben als unter Heydrich geworden war und durch seine theoretischen Schriften mittlerweile auch als der führende Ideologe und Interpret der nationalsozialistischen Sicherheitspolizei angesehen wurde, war geschwunden. Seit Anfang 1940 riss auch der Strom der von Best herausgegebenen und unterzeichneten Erlasse und Anordnungen ab. Er nahm zwar weiterhin an allen wichtigen Konferenzen teil (so der berichtigten »Aussiedlungskonferenz« am 30. Januar³⁴⁷), richtete auch weiterhin Stapo-Stellen in den »neuen Ostgebieten« ein und inspizierte sie (so Anfang Februar die besonders wichtige in Posen³⁴⁸), und auch für die polizeilichen Erlasse über die Behandlung der polnischen »Fremdarbeiter« im Reich war er mitverantwortlich,³⁴⁹ ebenso wie für die Organisation der polizeilichen Einsatzgruppen in Norwegen und den Niederlanden.³⁵⁰ Aber der seit längerer Zeit schwelende und im Frühjahr 1939 über die Frage nach der Rolle des SD unübersehbar gewordene Konflikt mit Heydrich hatte mittlerweile zum endgültigen Bruch geführt, und Bests Position war unhaltbar geworden.³⁵¹

Er hatte sich daher vermutlich schon im Winter zum Rückzug entschlossen und sich als Kriegsfreiwilliger zur Wehrmacht gemeldet – zum Ersatzbataillon des Regiments 15 in Friedberg in Hessen, jener Einheit, in der 25 Jahre zuvor sein Vater gedient hatte und gefallen war: eine heroische Geste, zumal Best keine militärische Grundausbildung oder ähnliches besaß. Mit Bruno Streckenbach, seit November als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement an einer der Schaltstellen der Vertreibungs- und Gettoisierungspolitik, war ein Nachfolger bereits gefunden, der seit Anfang Mai damit begann, sich in die Amtsgeschäfte einzuarbeiten. Zugleich wurden die umfanglichen Kompetenzbereiche Bests auf drei nunmehr selbständige Ämter bzw. Referate (Personal, Verwaltung, Abwehr) verteilt.

Bests vorrangige Tätigkeit in den letzten Wochen und Monaten in der Prinz-Albrecht-Straße bestand in der Niederschrift seines Buches »Die Deutsche Polizei«, in dem er die Ergebnisse seiner organisatorischen Tätigkeit und seine weitanschaulichen Vorstellungen zusammenfasste, um auf diese Weise auf die politische, ideologische und »fachliche« Ausrichtung der Sicherheitspolizei auch noch nach seinem Weggang einwirken zu können.³⁵² Am 13. Juni verließ er das Reichs-

sicherheitshauptamt und rückte zum Ersatzbataillon 15 in Friedberg ein, wo er zwei Monate lang militärisch ausgebildet wurde.³⁵³

Best hinterließ einen Apparat, der zwischen 1934 und 1940 unter seiner maßgeblichen Mitverantwortung zu einem der stärksten Machtfaktoren des Regimes geworden und in seiner Struktur historisch ganz neuartig war: die Kombination einer bürokratisch nach modernen und professionellen Maßstäben durchorganisierten Sicherheitsbehörde mit einem weltanschaulichen Elitekorps, befreit von allen hemmenden juristischen und politischen Widerständen und ausgestattet mit einer ebenso ehrgeizigen und jungen wie fachlich versierten Führungsgruppe. Deren durch die Stilisierung der exklusiven generationellen Erfahrung elitär aufgeladenes Selbstverständnis war eingebettet in ein totalitäres Weltbild, das alle Widersprüche der Wirklichkeit auf ein dahinter stehendes, aus der »Natur« und dem »Leben« selbst abgeleitetes Prinzip zurückführte und ihr Handeln auf eine politische Perspektive bezog. Auf diese Perspektive der Neuordnung Europas, ja der Welt, nach »völkischen« Grundsätzen waren die Aussonderung und Ausmerzung alles Abweichenden und »Degenerierten« und die Förderung alles »Gesunden« im Innern ebenso bezogen wie die gigantischen Pläne der Bevölkerungsverschiebungen im Osten, der »völkischen Flurbereinigung« in Polen durch Deportationen und Massenmord und die sich rapide radikalisierende Politik gegen die Juden.

Will man den spezifischen Beitrag Bests bei der Entstehung und Entwicklung dieses Apparats zusammenfassend benennen, so liegt er wohl in dieser Zusammenfügung der bis dahin so getrennt scheinenden Bereiche – »Sachlichkeit« und »Weltanschauung«: Professionalität, kühle Zweckorientierung, Nutzung moderner technischer Hilfsmittel, strikte Einbindung in staatliches Verwaltungshandeln, fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter einerseits – radikale, von persönlichen Motiven und Emotionen (vorgeblich oder tatsächlich) befreite Orientierung auf ein ideologisch legitimes Ziel, auf der Grundlage einer totalitären Weltanschauung, durchgeführt von Angehörigen eines nationalsozialistischen Eliteordens andererseits. Dass der Ideologe zugleich Fachmann, der Massenmörder zugleich Verwaltungsjurist, der Technokrat zugleich Weltanschauungskämpfer war, das erwies sich sowohl kurzfristig wie in längerer Perspektive als einer der entscheidenden Faktoren bei der fortwährenden Radikalisierung und Effektivierung der Praxis des RSHA und der von ihm befehligten Einheiten und Behörden.